

1 EURO

August-Oktober 2009
Monatsheft aus Leipzig

Libertäres

1
2
3
4
5
6
7
8



N.O



Schlacht
ohne Sieg

#34

Inhaltsverzeichnis

Lokales

Ausschluss durch Einschluss ... Seite 1/4

Wirkungsloser High-Tech-Schrott ... Seite 2

Holocaustleugnerin gescheitert ... Seite 2

2 Pause beim Studiprotest ... Seite 3

WGT: Bitte nicht kritisieren! ... Seite 5f

Probleme erfolgreich verdrängen ... Seite 6f

Von Besetzern zu Besitzern ... Seite 9

JOIN the Arnie! ... Seite 10f

3 Aus für deutschen Luft-Boden-Schießplatz ... Seite 11

„Jedem Ende wohnt ein Anfang inne...“ ... Seite 12

„Nach der Besetzung ist vor der Besetzung“ ... Seite 13

Unter der Lupe

Im Osten was Neues.
Im Westen aber auch. ... Seite 8

Theorie & Praxis

Im Unterholz
der Moderne (2)
Seite 16-19

Nachbarn

IRAN: Tod der Diktatur! ... Seite 22/23

Turkey: Imagined Community III
(Reisebericht) ... Seite 24-26

Skandal. lokal

Kaum zu glauben:
CEE-IEH fälscht Umfrage! ... Seite 28/29

Kommentar, Editorial, Termine, Rätsel, Schach, Verkaufstellen



Rote Hilfe

Politische Betätigung

im Schatten des
Ausländerrechtes ... Seite 14

HIER ZU HARTZ IV:
Tipps & Tricks ... Seite 15

Widerstand

„Militante Gruppe (mg)
aufgelöst!“ ... Seite 20f

Rechtsstaat

Schwarzseher in roten
Roben ... Seite 1/21f

Übrigens

Dem Schwabenhass
entgegentreten! ... Seite 27

Et cetera





Ausschluss durch Einschluss Leipziger AsylbewerberInnen sollen ins Containerlager

Leipzigs heimbewohnende Asylbewerber_innen müssen bald umziehen. Aus der Stadt an deren Rand, von Stein und Beton in Blech, von wenig Raum auf noch weniger Raum. Genauer gesagt werden es wohl wieder sch... ähh, schöne Wohncontainer, 24qm zum Wohnen und Schlafen für jeweils 4 Personen. Die Stadt Leipzig beschloss am

16.07.09 den Bau einer Sammelunterkunft in „Systembauweise“ (so der Euphemismus) am selben Ort, an dem sich schon in den Jahren 2000 bis 2006 ein Containerlager für Asylsuchende befand. In der Wodanstrasse des fernen Leipziger Nordostens, weit ab vom pulsierenden Leben der Stadt,

zwischen Gewerbegebiet und der Autobahn; fern von Wohngebieten, Supermärkten, Schulen und sonstigem gesellschaftlichen Leben. Ein Platz, der für schmarotzende und potenziell kriminelle Ausländer nach Meinung vieler Deutscher am ehesten geeignet ist, wenn man sie schon nicht dahin loswird, wo sie doch eigentlich hingehören.

**Fortsetzung
auf Seite 4 ...**

Schwarzseher in roten Roben

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts über den EU-Grundlagenvertrag von Lissabon

Heil der obersten Richterschaft, so denken hierzulande viele, was wäre Deutschland bloß ohne den nüchternen Patriotismus des *Bundesverfassungsgerichts*? Das arme Deutschland wäre den grotesken Spielchen korrupter Politiker_innen vollends ausgesetzt, eine ganz gewöhnliche Bananenrepublik ohne durchgreifendes Rechtsstaatsprinzip. Aber gottlob, es gibt das Grundgesetz, wenn auch nur als Quasi-Verfassung, und liberale Justizbeamt_innen, die über die verbürgten Grundrechte aufmerksam wachen, denkt sich der gemeine Patriot und heimliche Deutschlandfan. Es ist sicher nicht zu viel gesagt, dass in Deutschland viele Leute lieber das *Bundesverfassungsgericht* wählen würden, als die Kanaillen des *Deutschen Bun-*

destages. Und nicht ganz zu unrecht. Denn weit wirksamer als das Auf und Ab parteiischer Gesetzgebung hat die kontinuierliche Rechtspflege dieses unabhängigen obersten Gerichtes die bundesdeutsche Rechtsgeschichte seit 1951 geprägt. In beinahe 7000 Einzelentscheidungen und über 133.000 Kammerbeschlüssen wurden Gesetze aus dem Parlament und Bundesrat und deren Auslegung beeinflusst – bestätigt, für nichtig erklärt oder außer Kraft gesetzt. Durch die besondere Stellung des Gerichtes, allein, einzig und einzelninstanzlich über die Auslegung des



Grundgesetztextes zu verfügen, der wiederum alle anderen deutschen Rechtstexte folgend bindet, kommt den Urteilen des *Bundesverfassungsgerichtes* eine einzigartige Auslegungsvormacht zu, wenn es um den Einfluß auf den weit verzweigten juristischen Instanzenzug vom kleinsten Kreisgericht bis zum *Bundesgerichtshof* geht. Kaum ein_e Richter_in noch Politiker_in würde es derzeit wagen, die Urteile dieser obersten Richterschaft in Frage zu stellen.

Fortsetzung auf Seite 3/21 ...

60 Jahre deutscher Herbst

Bald ist es soweit. Die Kakophonie des bundesweiten Wahlkampfpalavers wird verstummen, die Tage werden kürzer, die ersten Öfen werden befeuert und die deutsche Staatsgemeinde findet sich ein zum besinnlich-harmonischen Singsang auf das Heil und die neugewonnene Einheit des Reiches ... ähm der Nation. 40 Jahre BRD plus 20 Jahre wiedervereinigtes Deutschland, wer würde da nicht die Korken knallen lassen? Und was hat diese geläuterte Republik nicht alles vollbracht: Den Marschall-Plan und das französische Atomschild, den ostdeutschen Unrechtsstaat, Exportweltmeisterschaften bis zum Abwinken, Siemens, Bayern Mün-

chen, Hartz IV, die Lindenstraße, „sichere Renten“ und Autobahnen bis zum Horizont. All dies und noch viel mehr hat der deutsche Michel geschultert, trotz der fiesen Reparationen und trotz der schweren militärischen Verwüstungen zweier Weltkriege. Einfach toll und endlich mal ein echter Grund, stolz zu sein. „Wir“ sind wieder wer! „Wir“ diktieren den Rhythmus der europäischen Zusammenarbeit, WIR schaffen die globale Energiegewende. „Unsere“ Polizisten und Soldaten sind es, die für Frieden und Freiheit weltweit operieren. „Wir“ sind eben ein modernes, fortschrittliches Deutschland. – So oder so ähnlich werden die Dema-

gogen allentorts tönen, wie die Muezzine von ihren Minaretten. Teils als Kleister zwischen den sozialen Schichten, teils als Angstdämpfer für die Krisenbewältigung und deren Zumutungen. Hauptsache die Opferbereitschaft in der deutschen Gemeinde der Staatsgläubigen steigt. Denn die wird benötigt, wenn man bedenkt, dass die kapitalistische Verwertungskrise die Schwächsten immer zuletzt und am stärksten trifft. In diesem Sinne, Leute denkt daran: Wie Geld bekanntlich nicht essbar ist, machen warme Worte noch keinen gemütlichen Winter. Laßt euch durch den grassierenden Nationalismus nicht den Verstand ersticken!

(clov)

„Pack die Badehose ein, nimm das *Feierabend!*-lein und dann nichts wie raus zum Cossi...“ Die Sonne lacht und die Redax schwitzt – weniger wegen der Hitze, sondern vielmehr, um den anberaumten Erscheinungstermin halten zu können, damit Ihr, liebe *Feierabend!*-Leser_innen, erfrischende Lektüre für die warme Jahreszeit habt.

Auf die warmen Tage werden wieder kalte folgen – da ist ein Dach über dem Kopf unumgänglich, am Besten ein selbstbestimmtes: So bemühen sich Menschen in der *Arnie26* um ein Hausprojekt (S.10f), in Magdeburg Besetzer_innen um ein Libertäres Zentrum (S.13), die *G16* um einen dauerhaften legalen Besitzstatus (S.9) und die Asylbewerber_innen in Leipzig um die Abwendung der Abschiebung ins Containerlager (S.1/4).

Unter dem Dach des *Feierabend!* ist auch noch Platz für Schreiberlinge. Gerade jetzt, wo es auch in Halle zwei neue Verkaufsstellen (la carot, VL) gibt, suchen wir Hallenser Redakteure. Den Auftakt einer hoffentlich dauerhaften Halle-Seite macht ein Bericht über den Protest gegen den Thor Steinar Laden (S.12).

Diesmal hoffen wir übrigens auf einen super-sonder-mega-scharf-Druck des Heftes, um Euch ein wenig für die letzte Ausgabe zu entschädigen. Sorry, das war so nicht gewollt!

Zu guter Letzt: die Verkaufsstelle des Monats ist die Schatzinsel, ein sympathischer Späti im Leipziger Westen, wo es seit Neuestem auch den *Feierabend!* gibt.

Eure *Feierabend!*-Redax

Wirkungsloser High-Tech-Schrott

Ein Jahr sollte die Testphase für die beiden Drohnen dauern, die die sächsische Polizei seit Februar 2008 einsetzt. Diese ferngesteuerten, mit Kameras bestückten Kleinstflugkörper sollten vor allem der Überwachung der Fanmassen bei Fußballspielen und Demonstrationen dienen. Die Drohnen kamen nach Angaben der Landesregierung im Jahr 2008 in 11 Fällen zum Einsatz – nicht nur bei Fußballspielen, sondern auch bei einer Fahndung nach Einbrechern in der Sächsischen Schweiz und in Leipzig bei den Ermittlungen im „Fall Michelle“ (siehe FA! # 30).

Der Nutzen der neuen High-Tech-Geräte ist nach der langen Erprobungsphase zweifelhaft, wie der sächsische Innenminister Albrecht Buttolo in der Antwort auf eine Anfrage der Grünen (1) zugab. So hätte die „bisherige Anwendungserprobung (...) nicht zu strafrechtlich verwertbaren Aufnahmen“ geführt. Die von den Drohnen gelieferten Bilder taugen also scheinbar nicht zur Identifizierung einzelner Personen – es wäre aber auch möglich, dass Buttolo mit dieser Erklärung nur heikle Datenschutzdebatten vermeiden wollte. Über die von ihm behauptete präventive Wirkung der Überwachung mit Drohnen konnte oder

wollte Buttolo ebensowenig Angaben machen wie dazu, in welcher Relation der Nutzen der Geräte zu den laufenden Kosten von etwa 76.000 Euro im Jahr steht. Obwohl es also bisher scheinbar keine Kontrolle der mit den Drohnen erzielten Erfolge gab, will die Landesregierung das Pilotprojekt um ein Jahr verlängern. Eine weitere Drohne wurde angemietet, um so „die Einsatzmöglichkeiten eines Nachfolgemodells unter verschiedenen Witterungsbedingungen“ testen zu können. Im



Klartext: Die alten Drohnen haben nichts gebracht, mal sehen, was die neuen so können.

Ein erster Test hat möglicherweise am 1. Mai in Leipzig stattgefunden – jedenfalls sollen dort nach Angaben von Teilnehmer_innen der an diesem Tag stattfindenden arbeitskritischen Demonstration (siehe FA! #33) Drohnen eingesetzt worden sein. Eine diesbezügliche Anfrage der *Linken* läuft zur Zeit. Wir werden euch auf dem Laufenden halten.

justus

(1) http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/Kleine_Anfragen/4_Drs_15653_-1_1_3_.pdf

(2) http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/Kleine_Anfragen/4_Drs_13892_-1_1_3_.pdf

Holocaustleugnerin gescheitert

Eine juristische Schlappe musste Ursula Haverbeck-Wetzel, Leiterin des *Collegium Humanum e. V.* am 5. August vor dem Bundesverwaltungsgericht einstecken. Sowohl der *Collegium Humanum e. V.* als auch dessen Teilorganisationen *Bauernhilfe e. V.* und der *Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten* waren im Mai 2008 verboten worden. Der *Collegium Humanum e. V.* betrieb u.a. ein Schulungszentrum in Vlotho (Nordrhein-Westfalen), zudem ist Haverbeck-Wetzel auch die Vorsitzende des Trägervereins der 2007 in Borna eröffneten „Gedächtnisstätte“ (siehe FA!# 27). Haverbeck-Wetzel legte umgehend Widerspruch gegen das Verbot ein.

Ohne Erfolg: Auch die Bemühungen ihres Anwalts, der Frau Wetzels Leugnung des Holocaust aus ihrer anthroposophischen Weltanschauung heraus zu rechtfertigen versuchte, konnte das Gericht nicht überzeugen. Es bestätigte das Verbot in allen Punkten. Und obwohl Verbote neonazistische Ideologien nicht aus der Welt schaffen, wie die zeitgleich zur Verhandlung auf dem Vorplatz des Gerichtsgebäudes demonstrierenden Antifaschist_innen zu Recht anmerkten, muss mensch sich in *diesem* Fall bestimmt nicht darüber aufregen.

justus

21. bis 23. August - Räubertage

DIY-Festival. Bei Dresden - ab Gauernitz (B6) und Wildruff (A4) ausgeschrieben

05. September - Anti-Atom-Treck

bundesweite Demonstration gegen Atomenergie. 13 Uhr, Hauptbahnhof Berlin

12. September - Freiheit statt Angst

Demonstration gegen Zensur, Überwachung, Vorratsdatenspeicherung u. Panikmache. 15 Uhr, Potsdamer Platz, Berlin

10. Oktober - Still not lovin' Germany

bundesweite Demonstration gegen Deutschland. 13 Uhr, Hauptbahnhof Leipzig

termine

Pause beim Studiprotest

Nach 58 Tagen wurde die Besetzung des Neuen Seminargebäudes der Universität Leipzig (siehe FA!# 33) am 12. Juni beendet. Die Gründe sind vielfältig: Die mangelnde Resonanz aus weiten Teilen der Studierendenschaft führte zu dem Gefühl, in eine Sackgasse geraten zu sein, von außen nur noch als geschlossene Gruppe wahrgenommen zu werden, die für Neueinsteiger_innen wenig offen ist. Hinzu kamen interne Widersprüche, unterschiedliche Ansichten zu Aktionsformen und Zielen des Protestes, die die tatsächliche Heterogenität des Bündnisses zwischen Linksradikalen und Linkliberalen, Aktionist_innen und Theoretiker_innen widerspiegeln. Zudem setzte sich zunehmend die Ansicht durch, die Aufrechterhaltung der Besetzung würde zu viele Kapazitäten binden, die mensch-

künftig lieber anderweitig nutzen will. Ein Neustart soll also raus aus der Sackgasse führen. Dabei sollen sich auch die Organisationsstrukturen ändern, vom Bündnis (mit dem damit einhergehenden Zwang zum Konsens, der die Protestierenden in vieler Hinsicht lähmte) zu einem Netzwerk weitgehend autonomer, aber sich untereinander koordinierender Arbeitsgruppen. Eine davon ist der *AK Freiraum*, der sich, anknüpfend an die bei der Besetzung des NSG gemachten Erfahrungen, die Schaffung legaler selbstverwalteter Räume an der Uni zum Ziel gesetzt hat. Diese sollen für alternative Bildungsveranstaltungen, Workshops usw. offen stehen. Ein genaueres Konzept wird derzeit erarbeitet.

Interessierte können bei den alle zwei Wochen im Clara-Zetkin-Park stattfin-

denden Treffen der Leipziger *Bildungsstreik*-Gruppe vorbeischaun (1), die auch von den ehemaligen Mitwirkenden des *Protesttage*-Bündnisses als Treffpunkt für Beratungen und Koordination genutzt werden. Aktionen finden der Semesterferien wegen erst einmal nicht statt. Für Ende September ist aber ein Protestcamp auf dem Unigelände in der Jahnallee geplant. Dieses soll den Auftakt bilden für eine weitergehende Mobilisierung und Aktionen zu Beginn des nächsten Semesters. Der Protest wird also hoffentlich weitergehen – Gründe dafür liefert das deutsche wie das gesamteuropäische Bildungssystem nach wie vor genug.

justus

(1) Genaue Termine und Ortsangabe findet ihr unter <http://dokumentation-bildungskurs.pbworks.com/Zeitplan-Workshops>

Fortsetzung von Seite 1

(...) Von dieser einzigartigen Machtbasis aus, die eine wohlwollende liberale Öffentlichkeit nur noch verstärkt, ist das *Bundesverfassungsgericht* integraler Bestandteil des deutschen Staates. Und aus dieser zentralen Funktion wird auch verständlich, warum dem Urteil des Gerichtes im Zusammenhang mit der Zustimmung zum Vertrag von Lissabon (EU-Grundlagenvertrag bzw. -Reformvertrag) (1) soviel Bedeutung zukommen musste, dass selbst der Bundespräsident zögerte, die deutschen Zustimmungsgesetze zur längst getätigten Ratifikation zu unterzeichnen.

Sechs Klagen gegen den Vertragsschluss waren anhängig, die das *Bundesverfassungsgericht* für entscheidungswürdig erachtete. Nicht ganz uneigennützig, wenn man

Schwarzseher in roten Roben

bedenkt, dass der Vertrag von Lissabon in der ursprünglichen Form eine Quasi-Verfassung für Europa werden sollte und damit faktisch eine Relativierung des deutschen Grundgesetzes als obersten Rechtstext bedeutete, also direkt die Machtbasis des *Bundesverfassungsgerichtes* betraf, es geradezu in verstärkte Konkurrenz zum *Europäischen Gerichtshof* setzte. Und dementsprechend trocken und konservativ fiel das Urteil am 30. Juni dann auch aus. Einig Europa? Von wegen! Zwar sehe das Grundgesetz nach Artikel 23 einen europäischen Integrationsprozeß vor, was es Deutschland prinzipiell erlaube, zwischenstaatliche Verträge in dieser Form abzuschließen. Aber das Übertragen von Hoheitsrechten, welche unmittelbar die Souveränität der Bundesrepublik betreffen,

könne nur in Form der vertraglich gebundenen Einzelmächtigung stattfinden und müsse jeweils in deutsche Gesetze überführt werden. Dabei sehen die Richter durchaus einen, wenn auch bloß summarischen, Zugewinn an Demokratie über die neuen Einspruchsrechte der einzelnen Mitgliedsstaaten. Nicht jedoch ein *Europäisches Parlament*, dass über freie und gleiche Wahlen zustande käme und so eine „Unionsbürgerschaft“ begründen könne, die als neue Legitimationsbasis den Volkssouverän der einzelnen Staaten ersetzen würde. Insbesondere die vereinfachten Entscheidungsverfahren, welche der neue Vertrag vorsieht, sind den Richter_innen dabei ein Dorn im Auge.

Fortsetzung auf Seite 21 ...

Feierabend! ist ein unkommerzielles Zeitungsprojekt mit dem Ziel der Verbreitung libertärer, antiautoritärer & emanzipatorischer Ideen, der Darstellung von Sachverhalten, die in der kommerziellen Presse oft unzureichend, verzerrt oder gar nicht erwähnt werden, sowie der Beleuchtung von Themen, die uns interessant und wichtig erscheinen. Der Verkaufspreis von derzeit einem Euro dient einzig dem Begleichen der Kosten zur Erstellung des Heftes. Alle inhaltlich an der Erstellung des Heftes Beteiligten arbeiten als ÜberzeugungstätterInnen ohne Bezahlung.

Eigentumsvorbehalt: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist *Feierabend!* solange Eigentum des Absenders bis er der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird *Feierabend!* der/m Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist er dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird *Feierabend!* der/m Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Fortsetzung von Seite 1

Ausschluss durch Einschluss

Leipziger AsylbewerberInnen sollen ins Containerlager

(...) Begründet wird die Zwangsumsiedlung vor allem mit den seit Jahren rückläufigen „Asylbewerber-Zuweisungszahlen“ (1) und diesen entsprechend sinkt auch die Zahl der in Heimen unterzubringenden Asylbewerber_innen in Leipzig. Zum 15.04.09 waren dies nur noch 284 Personen in den beiden Leipziger Heimen – dagegen 485 dezentrale Unterbringungen (Familien sind schon länger aus „humanitären wie auch wirtschaftlichen Gründen“ in normalen Wohnungen untergebracht). Diese schon länger erfolgreiche Praxis sollte zeigen, dass es nur ein kleiner Schritt zu einer angemessenen Unterbringung aller Asylsuchenden in Leipzig wäre. Um diesen Spielraum zu eröffnen, bedürfte es allerdings zuerst einmal einer Antragstellung der Stadt an das Land Sachsen; die allerdings bisher nicht erfolgte, woran der nicht vorhandene politische Wille klar erkennbar ist. Offizielles Hauptargument für die Zusammenlegung der Heime in der Lilienstein- und Torgauer Strasse ist dann auch die Unwirtschaftlichkeit durch diese sehr geringe Auslastung - nur noch gut die Hälfte der Plätze sind belegt und so „ergibt sich für die Unterbringung der heimuntergebrachten Asylbewerber ein durchschnittlicher Kostenaufwand von 3.095 •/Jahr. Unter Einbeziehung der weiteren Leistungsansprüche der Asylbewerber (Leistungen für Verpflegung, Hygiene, Bekleidung sowie Taschengeld und Krankenhilfekosten) wird die vom Freistaat gewährte Pauschale in Höhe von 4.500 • je Asylbewerber und Jahr deutlich überschritten.“(2) Und das geht ja mal gar nicht!

So gab es Überlegungen, das im Grünaue Wohngebiet liegende Heim Liliensteinstrasse zu schließen und die dort Untergebrachten in die Torgauer Straße zu verfrachten. Dies sollte zunächst gar nicht an der Kostenfrage scheitern: Angeblich müsse das Gebäude zwar aufwendig für über eine Mio. Euro saniert werden, was



jedoch mit einer schrittweisen Sanierung „haushaltsneutral“ im Rahmen der Asylbewerberpauschale geschehen könne. Allerdings meldete pünktlich zum Auslaufen des Betreibervertrages des Heims Torgauer Straße zum 30.09.09 das Dezernat Wirtschaft und Arbeit unmittelbaren Bedarf an – ein Investor wolle die Gewerbefläche zur Erweiterung ansässiger Firmen und zur Ansiedlung anderer Firmen nutzen, womit selbstredend die Schaffung von

Arbeits- und Ausbildungsplätzen gesichert würde. Zusätzlich erhofft sich die Stadt von der Veräußerung etwa 500.000 Euro. Daß sich dem Fetisch und Allheilsbringer Arbeit alles unterzuordnen hat, wird in der Vorlage der Stadt schön auf den Punkt gebracht: „Da die Schaffung von Arbeitsplätzen oberste Priorität für die Stadt Leipzig hat, ist die diesbezügliche Verwendung der Flächen nötig.“

Für die Errichtung des abgelegenen Containerlagers und gegen eine Zusammenlegung in die Liliensteinstraße werden hingegen Gründe herangezogen, die andere nicht ganz zu Unrecht kritisieren: „Die in dem Heim Torgauer Straße vorhandenen vielfältigen sozialen Problemlagen in ein Wohngebiet zu verlagern, ist keine Handlungsoption. Die Abgegrenztheit des Heimes [...] bietet bessere Umgangsmöglichkeiten mit diesem Problem.“

(3) Die oftmals durch Heimunterbringung erst produzierten Probleme sollen als Begründung für noch mehr Ausgrenzung und Desintegration herhalten, so die parlamentarische Logik. Dass die Stadtoberen die Wurzeln dieser Probleme eher woanders vermuten – nämlich in der Herkunft der Asylbewerber_innen – ist offensichtlich (rassistisch).

Der größte Hammer der Begründung der Stadt Leipzig ist aber folgender:

„Die Erfahrungen der Stadt Leipzig mit der Containerunterkunft im Zeitraum 2000 - 2006 waren sowohl hinsichtlich der Wohnqualität als auch bezüglich des Betreiberkonzeptes positiv.“

Ganz vergessen haben sie wohl die Vorkommnisse im früheren Containerbau-

lager in der Wodanstrasse – die Überlastung der zuständigen Psychologen, die Drogenprobleme und Gewalt der Asylbewerber_innen untereinander und schließlich sogar geradezu revolteähnliche Zustände, bei denen fast komplette Einrichtungen aus den Fenstern flogen. Diese Verhältnisse und offenen „Unmutsbekundungen“ führten zur Schliessung des umstrittenen Lagers, welches nun auf den verscharrten Erkenntnissen seiner selbst wieder errichtet werden soll.

Der Umzug ist beschlossen, das Gelände in der Torgauer Strasse Gerüchten zufolge sogar schon verkauft und zumindest der Auszug so kaum noch zu verhindern. Da halfen leider auch die 877 Unterschriften nicht, die dem Leipziger OBM Burkhardt Jung am 7. Juli bei einer offenen Bürgergesprächsstunde überreicht wurden. Konfrontiert mit unbequemen Fragen schwafelte der dort nur, daß er auch schon 2003 gesagt hätte, daß Asylbewerber sich in Leipzig zu Hause fühlen sollen. Um im nächsten Satz zur Kenntnis zu geben, daß er den Beschluss zur Errichtung des abgelegenen Containerlagers mit all seinen bekannten Nachteilen für alternativlos hält.

Ob der Umzug so reibungslos verlaufen wird, wie die Planer_innen sich das denken, oder ob Aktionen wie das „Asyl im Asyl“ (4) populärer werden, wird die Zukunft zeigen.

(bop)

*Auch lesenswert im Zusammenhang:

„Einblicke ins Lagerleben“ FA! #25

*Internet-Petition gegen die Containerunterkunft: <http://www.ipetitions.com/petition/containerunterkunft/>

(1) Der Stadt Leipzig vom Land Sachsen (und dem wiederum vom Bundesministerium des Innern) zugewiesenen Asylbewerber_innen. Die Rückläufigkeit der Zahlen liegt zuallererst an der restriktiven Asylpolitik Deutschland und Europas, bspw. durch die sog. Dublin-II-Verordnung. (siehe auch FA! #32 „Endlich Bargeld“)

(2) Vorlage der Stadt Leipzig zur Unterbringung von Asylbewerbern: http://linkebueros.de/linxx_dokumente/1245068655.pdf

(3) ebenda

(4) wie mehrere Familien ob ihrer desolaten Unterbringungssituation kürzlich in einer Grimmaer Kirche (siehe S.14)

Bitte nicht kritisieren!

NS-Symbolik beim Wave-Gotik-Treffen

Kritik an der Programmpolitik des *Wave-Gotik-Treffens* hat es immer wieder einmal gegeben (siehe FA! # 33). Derzeit schlagen die Wellen aber ein wenig höher als gewöhnlich. Unmittelbarer Anlass ist die Gestaltung der sogenannten Obsorgekarte, die zur Nutzung des Zeltplatzes auf dem AGRA-Gelände berechtigt. Auf dieser war in diesem Jahr u.a. eine „Schwarze Sonne“ abgebildet. Dieses an das Hakenkreuz angelehnte Symbol erfreut sich in rechten Teilen der Schwarzen Szene großer Beliebtheit. Die auf der Karte verwendete, aus 12 Sig-Runen bestehende Variante des Symbols geht auf ein Bodenornament im SS-Schulungszentrum Wewelsburg zurück.

Die Verwendung dieses Symbols sorgt also nicht umsonst für Kritik. Eine öffentliche Stellungnahme zu den Gründen für die Verwendung der „Schwarzen Sonne“ forderte u.a. die Band ASP in einem Brief an die für die Organisation des WGT zuständige *Treffen & Festspielgesellschaft für Mitteldeutschland mbH*. Statt der eigentlichen Adressaten antworteten die beiden Geschäftsführer der Chemnitzer Veranstaltungsagentur *In Move*. Auf die klar formulierte Frage gaben auch diese nur eine ausweichende Antwort: Bei der Gestaltung der Karte hätte es

einen historischen Bezug zum 2000jährigen Jubiläum der Schlacht im Teutoburger Wald gegeben, die „Symbolstrukturen, gespiegelt in der Iris des Auges“ würden ein „urales Symbol der Sonnenfinsternis“ reflektieren, welches „von den Germanen als ‚Inneres Licht‘“ verehrt worden sei.

Mit diesen nebulösen Ausführungen gab sich die Band zu Recht nicht zufrieden und erklärte: „Unsere Frage, warum das – unserer Meinung nach hochpolitisch belastete – Symbol der ‚Schwarzen Sonne‘ benutzt wurde, wurde leider nicht beantwortet.“ Eine Verbindung zwischen der erwähnten „Hermannsschlacht“ und dem Symbol sei leider nur darin zu erkennen, „dass beide Themen in neofaschistischen Gruppen einen hohen Stellenwert einnehmen.“ Die Band schloss: „Wir hatten eine klare Stellungnahme der *Treffen & Festspielgesellschaft für Mitteldeutschland mbH* erwartet. Zunächst unabhängig davon, ob die Benutzung des (...) Motivs aus Unkenntnis, mangelnder Recherche, aus Versehen, aus Provokation zu Marketingzwecken, in voller politischer Absicht oder aus einem anderen Grund geschah. Solange wir von den Verantwortlichen darüber keine klare Aussage erhalten, müssen wir Euch mit Bedauern mitteilen, dass wir in Zukunft weder als Besucher auf dem *Wave-Gotik-Treffen* zu Gast sein werden, noch als Teil des Musikprogramms dort zur Verfügung stehen werden“ (1).

Auch einige Besucher_innen des Festivals zeigten sich beunruhigt und veröffentlichten im Internet-Forum des WGT einen offenen Brief (2), in dem sie u.a. forderten, auf die Verwendung der „Schwarzen Sonne“ und ähnlicher Symbole künftig zu verzichten. Auch die Präsenz eines Verkaufstands des VAWS (*Verlag und Agentur Werner Symanek*) auf dem Festivalgelände wurde kritisiert.

Der VAWS übernimmt eine

Scharnierfunktion zwischen rechtsoffenen Teilen der Schwarzen Szene und neonazistischen Gruppen. Eine Zeitlang war der VAWS u.a. für Druck und Vertrieb der *Unabhängigen Nachrichten* zuständig, einer Zeitschrift, die seit 1969 von den *Unabhängigen Freundeskreisen* (UFK) herausgegeben wird. Diese orientieren sich ideologisch am „nationalrevolutionären“ Flügel der NSDAP und propagieren einen „völkischen Sozialismus“ (siehe auch FA! # 28). Sie waren anfangs im Umfeld der 1952 verbotenen *Sozialistischen Reichspartei* zugange, später pflegten sie enge Kontakte zu Michael Kühnens FAP und zur NPD. Seit 1986 wirkte Werner Symanek als Autor bei den *Unabhängigen Nachrichten* mit.

Schon bald nach der Gründung des Verlags im Jahr 1991 versuchte er auch, in der Dark-Wave-Szene Fuß zu fassen. Dafür wurde u.a. das Mailorderprogramm durch Tonträger ergänzt, eine Zeitlang gab der VAWS auch ein eigenes Musikmagazin heraus und versuchte, den Verlag als Musiklabel zu etablieren – so brachte der VAWS u.a. CD-Compilations zu Ehren Leni Riefenstahls und des Nazi-Bildhauers Josef Thoraks heraus. Eine ähnliche Strategie, durch gezielte Propagandaarbeit im „vorpolitischen“ kulturellen Bereich an Boden zu gewinnen, verfolgten zur selben Zeit auch die völkischen Nationalisten der *Jungen Freiheit*. Für eine solche Unterwanderungsstrategie braucht es aber immer noch Leute, die solcher „Unterwanderung“ aufgeschlossen gegenüberstehen. Schützenhilfe aus der Schwarzen Szene kam vor allem von dem Musiker Josef Klumb, der nicht nur beim VAWS mitarbeitete, sondern auch gute Kontakte zur *Jungen Freiheit* pflegte. Mit seiner Band *Weissglut* schaffte es Klumb 1998 sogar, einen Vertrag mit dem Majorlabel *Sony* zu ergattern – dieser wurde jedoch wieder aufgelöst, als Klumbs Verbindungen zur rechten Szene öffentlich wurden. Anlass dafür war u.a. ein Interview Klumbs mit dem Szenemagazin *Gothic*, in dem der Musiker sich positiv auf den Verschwörungstheoretiker Jan Van



Helsing (alias Jan Udo Holey) bezog und in antisemitischer Manier gegen „Hochfinanz“ und „Zionismus“ wettete. Seit dem Scheitern seiner Karrierepläne hat sich Klumb immer mehr in ein Privatuniversum aus verschwörungstheoretischem Verfolgungswahn, Zahlenmystik und Übermenschenphantasien zurückgezogen. Er pflegt immer noch gute Kontakte zum VAWS, wo u.a. die Veröffentlichungen seines Projekts *Von Thronstahl* erscheinen. *Von Thronstahl* traten nicht nur 2000 beim WGT auf, auch für die Betreuung des VAWS-Standes auf dem Festivalgelände war Klumb zeitweise zuständig (3). Dies könnte den WGT-Veranstalter_innen durchaus bekannt sein. Nicht um-



sonst verweisen die Verfasser_innen des offenen Briefes darauf, dass es bereits seit Jahren Beschwerden von Gästen wegen des VAWS-Verkaufsstandes gab. An einer wirklichen Auseinandersetzung mit sachlicher Kritik scheinen die Verantwortlichen aber leider kein Interesse zu haben. Während sie die kritischen Nachfragen im einen Fall einfach ignorierten, fiel die Reaktion auf den im WGT-Forum veröffentlichten offenen Brief noch etwas deutlicher aus: Die entsprechenden Einträge wurden kurz darauf gelöscht und erklärt, politische Diskussionen seien dort künftig nicht mehr erwünscht. Auch indem sie in dieser Weise dringend notwendige Debatten zu unterbinden versuchen, unterstützen die Veranstal-

ter_innen des WGT Ansätze zu einer politischen Vereinnahmung der Schwarzen Szene von rechts – dass ihnen dies nicht bewusst wäre, erscheint mehr als zweifelhaft. Bleibt nur zu hoffen, dass die Auseinandersetzung nicht so schnell wieder im Sande verläuft. Wenn sachliche Argumente nichts bewirken, dann könnten vielleicht größere finanzielle Einbußen die Veranstalter_innen dazu bringen, ihre Position noch einmal zu überdenken.

justus

(1) <http://www.thetalesofasp.com/de/wgtstatement.html>
 (2) <http://www.labellos.de/forum/viewtopic/wgt-die-politik-und-das-verbot-der-freienmeinung-5.html>
 (3) einen guten Überblick zum VAWS und zu Klumb liefert z.B. Schobert/Dietzsch/Kellershohn: „Jugend im Visier - Geschichte, Umfeld und Ausstrahlung der *Unabhängigen Nachrichten*“, DISS, Duisburg 2002.

Probleme erfolgreich verdrängen

Notizen zur Leipziger Drogenpolitik

15. Juni. Ortstermin im neu eröffneten Wächterhaus in der Eisenbahnstraße 109. Im ersten Stock drängen sich rund 40 Menschen, auf dem Programm steht eine Diskussionsrunde zur für Ende Juli geplanten Installation einer Polizeikamera an der Kreuzung Eisenbahnstraße/Hermann-Liebmann-Straße. Das Viertel hat sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen Anlaufpunkt für die Leipziger Drogenszene entwickelt, die soll nun mit Hilfe der Überwachung verdrängt werden. Auf dem Podium sitzen neben Polizeipräsident Wawrzynski auch ein Jurist, ein Sozialarbeiter, ein Vertreter der überwachungskritischen Initiative *Leipziger Kamera* und einige Lokalpolitiker, die sich angesichts der kurz bevorstehenden Kommunalwahlen diese Möglichkeit zur Selbstdarstellung nicht entgehen lassen wollen. Die Fronten der Diskussion sind nach wenigen Minuten klar. Wawrzynski ist für die Kamera, weil diese helfe, die Drogenszene aus dem Viertel zu verdrängen. Zudem ließe sich so das subjektive Sicherheitsgefühl der Anwohner_innen stärken. Der Vertreter der *Bürgervereinigung Lo(c)kmeile* (einem Zusammenschluss örtlicher Geschäftsleute) steigt mit

dem Klassikerzitat aller Überwachungsbeürworter_innen in die Debatte ein: „Wer nichts zu verbergen hat, den stört auch keine Kamera“. Dem Treiben der Dealer müsse ein rigoroser Riegel vorgehoben werden. Außer Schilderungen der üblen Zustände im Viertel hat er aber im weiteren Verlauf wenig zur Debatte beizutragen. Der Vertreter des *Neuen Forums* dagegen hält die Kamera für reine „Symbolpolitik“; Jürgen Kasek von den *Grünen* zitiert verschiedene Studien, die zum Ergebnis kommen, dass Überwachung weder Kriminalität reduziere noch das Sicherheitsempfinden verbessere. In der Tat scheint es zweifelhaft, ob die Leute sich sicherer fühlen, wenn ein bestimmter Ort durch Videoüberwachung und erhöhte Polizeipräsenz als „Kriminalitätsschwerpunkt“ gekennzeichnet wird. Was der Herr von der FDP meint, bleibt unklar. Uwe-Dietmar Berlit (Richter und Jura-professor) hingegen gefällt sich in der Rolle des Politikberaters: Natürlich, so doziert er, würde Videoüberwachung die Drogenszene nur verdrängen – aber wenn man denn verdrängen wolle, seien Kameras ein geeignetes Mittel zum Zweck. Zusätzlich bräuchte es natürlich flankieren-

de Maßnahmen, um eine „1-zu-1-Verdrängung“ zu vermeiden, d.h. die Zahl der Abhängigen tatsächlich zu reduzieren. Kameras für die Verdrängung, „flankierende Maßnahmen“ zu Lösung des Problems. So kann mensch es auch ausdrücken, dass Überwachung nichts bringt. Ganz unabhängig von den Ratschlägen des Professors ist die Verdrängungspolitik ohnehin seit langem die Leitlinie der Leipziger Polizei. Im Suchtbericht der Stadt Leipzig von 2008 heißt es dazu: „Die Polizeidirektion Leipzig verfolgt das Ziel, die Anbieter- bzw. Konsumentenszene durch permanente polizeiliche Einsatzmaßnahmen unter Kontrolle zu halten. Durch einen hohen Verfolgungsdruck sollen der Handel und der Konsum von Betäubungsmitteln sowie Ansammlungen betäubungsmittelabhängiger Personen im öffentlichen Raum, insbesondere der Innenstadt, an touristischen Zielen, in Wohngebieten sowie im Umfeld von Schuleinrichtungen konsequent unterbunden werden“ (1). Bereits die Installation der ersten Polizeikamera am Bahnhofsvorplatz 1996 diente dazu, die Drogenszene in andere Bereiche abzudrängen. Eine Lösung des Drogenproblems war dabei nur ein nach-



rangiges Ziel, vielmehr bestimmten harte Geschäftsinteressen das Vorgehen. Der gerade zur Shoppingmall umgebaute Hauptbahnhof und die Innenstadt sollten für Tourismus und Konsum attraktiver gemacht werden – die Drogenabhängigen passten dabei nicht ins Bild. In einer gemeinsamen Einsatzgruppe „Bahnhof-Zentrum“ arbeiten Polizei, Bundespolizei und Ordnungsamt zusammen, um die Innenstadt „sauber“ zu halten.

Mit zweifelhaftem Erfolg: Stefan Kutzt vom *Integrativen Bürgerverein Volkmarisdorf* trifft den wunden Punkt, als er in der Diskussion darauf hinweist, dass gerade die Verdrängung aus der Innenstadt dafür verantwortlich ist, dass der Leipziger Osten sich seit 2007 zum Anlaufpunkt für die Drogenszene entwickelt hat. Jetzt will man sie dort wieder wegstreifen. Schon 2008 wurde der Leipziger Osten von der Polizei zum „Kontrollschwerpunkt“ erklärt und wird seitdem verstärkt bestreift. Im Rabet, einer Parkanlage in unmittelbarer Nähe zur Eisenbahnstraße, wurden die Büsche auf Hüfthöhe gestutzt, um „Dealern“ keine möglichen Verstecke zu liefern. Auch an der Eisenbahnstraße gelegene Lokale würden verstärkt kontrolliert, erklärt Wawrzynski. Die Antwort des Polizeipräsidenten auf die Frage eines Gastes, wohin er denn die Leipziger Drogenszene jetzt verdrängen wolle, ist symptomatisch: „Aus der Stadt“, entgegnet Wawrzynski. Das Gelächter des Publikums ignoriert er mit stoischer Miene. Nach einer Weile dreht sich die Diskussion nur noch im Kreis. Als Polizeipräsident bleibt Wawrzynski der üblichen Polizeilogik verpflichtet. Der Herr von der FDP möchte sich lieber auf solide Handarbeit als auf die Technik verlassen und plädiert für verstärkte Polizeistreifen im Viertel, Sozialarbeiter Kutzt dagegen fordert mehr

Menschen mitdenken und darauf hinweisen, dass das zur Debatte stehende Problem erst durch die repressive Drogenpolitik produziert wird: Erst die Kriminalisierung bestimmter Substanzen und ihrer Konsument_innen macht die Abhängigkeit zu dem garstigen Komplex von Beschaffungskriminalität, Prostitution, Verelendung und gesundheitlichen Schäden, mit dem anschließend weitere repressive Maßnahmen gerechtfertigt werden – getreu dem Motto: „Wenn das, was wir tun, keine Wirkung zeigt, haben wir noch nicht genug getan“.

Lösen lässt sich das Problem so nicht, es wird eher noch verschärft. Der Handel mit harten Drogen wie Heroin ist bekanntlich ein einträgliches Geschäft – schließlich trifft in diesem Bereich eine relativ stabile Nachfrage auf ein durch staatliche Eingriffe künstlich verknapptes Angebot. Die Kriminalisierung verhindert auch eine Qualitätskontrolle des zum Verkauf stehenden „Stoffs“ (auch wenn Initiativen wie die *DrugScouts* diese Lücke zu schließen versuchen). Gesundheitsschäden durch gefährliche Inhaltsstoffe wie Strychnin (Rattengift) oder zermahlenes Glas sind ebenso eine mögliche Folge wie der Tod durch Überdosierung.

An solchen Ursache-Wirkungs-Analysen ist Wawrzynski nicht interessiert. Lieber gibt er die üblichen Elendsstories von sich prostituierenden 13jährigen Mädchen und von sogar aus Magdeburg zum Einkauf anreisenden Junkies zum Besten. Viel mehr als Repression kann die Polizei ohnehin nicht leisten – für alles andere sind die Sozialarbeiter_innen zuständig. Dabei gestaltet sich das Verhältnis zwischen polizeilichen Verdrängungsbemühungen und

bürgerschaftliches Engagement. In der Problemdefinition ist menschlich also weitgehend einig, nur in der Wahl der geeigneten Gegenmittel streitet man sich.

Schön, dass im Publikum ein paar

sozialer Betreuung nicht ganz so widerspruchsfrei, wie es in den behördlichen Strategiepapieren konzipiert wird. Um den Abhängigen helfen zu können, müssen die Streetworker sie schließlich erst einmal finden. Die Strategie der Polizei, mit der sie die Herausbildung einer „offenen Anbieter- bzw. Konsumentenszene“ verhindern will, steht dem genau entgegen. Damit die Streetworker in diesem Wettlauf mit der Polizei mithalten können, wird demnächst ein „Drogenmobil“ für die Betreuung des Leipziger Ostens im Einsatz sein. Zusätzlich soll die Zahl der momentan in der Eisenbahnstraße ansässigen Sozialarbeiter_innen von zwei auf vier erhöht werden.

Derweil streiten sich Polizeipräsident Wawrzynski und der Kandidat der FDP darüber, ob die Zahl der Polizisten in Leipzig nun eher sinkt oder steigt. Während der Herr von der FDP meint, sie würde eher sinken, verweist Wawrzynski darauf, dass erst im Herbst 2008 300 neue Beamte eingestellt worden seien, im Laufe des Jahres 2009 sollten noch einmal 300 dazukommen. Mal sehen, ob sich mit deren Hilfe das Problem endlich in den Griff bekommen lässt. In jedem Fall war es gut, mal drüber gesprochen zu haben, auch wenn die meiste Zeit aneinander vorbeigeredet wurde. Wenn die polizeiliche Verdrängungspolitik Erfolg hat, dürften ähnliche Diskussionsrunden demnächst vermutlich in Plagwitz oder Lindenau stattfinden.

justus

(1) http://www.leipzig.de/imperia/md/content/53_gesundheitsamt/suchtbericht2008.pdf





des HausHalten e.V.



Es ist schon etwas außergewöhnlich, wie das Haus in der Ludwigstraße zu seinen neuen Bewohner_innen gekommen ist: Über einen Artikel auf dem angeblichen Nachrichtenportal *Spiegel Online* erfuhr eine Familie in der Schweiz Ende 2006 von der Existenz des *HausHalten e.V.* Weil die Familie selbst über ein seit fünf Jahren leer stehendes Haus im Osten Leipzigs verfügte, das ihr in langen Verhandlungen mit der *Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH* rückübertragen wurde, nahm sie daraufhin Kontakt mit dem Verein auf. So zumindest die Darstellung auf den Internetseiten des Wächterhausvereins, obwohl die jetzigen Nutzer_innen des Hauses von vier Parteien, die das Haus besitzen, sprechen. Es wurde sich geeinigt und so konnte im Mai 2007 der Verein *HausHalten* mit der Suche nach Interessent_innen und Ende August die auserkorenen Nutzer_innen mit den Renovierungsarbeiten beginnen.

Eigentümerfamilie mit im Haus

Daran beteiligten sich auch die Eigentümerfamilien, denn zwei der insgesamt 15 Wohnungen im Haus unterliegen nicht dem Vertrag mit *HausHalten*, sondern werden von den Schweizer_innen als „Ferienwohnungen“ genutzt, so jedenfalls der Eindruck der anderen Hausnutzer_innen. Von den verbliebenen 13 Einheiten fungieren alle bis auf eine als Wohnraum, teilweise zugleich als Fotostudio und Proberaum für Musiker. Lediglich eine Erdgeschoßwohnung fand keine Interessent_innen. Dort wird momentan ein Gemeinschaftsraum urbar gemacht, in dem künftig nach den Vorstellungen der

Wächterhaus-Portrait Ludwigstr. 99

Nutzer_innen auch eine VoKü und Filmabende veranstaltet werden können. Das müsse sich allerdings noch entwickeln, heißt es. Anregungen hierzu wird hoffentlich das anstehende Fest anlässlich der offiziellen Hauseröffnung am 15. August geben, wo sich auch die Bewohner_innen des benachbarten Wächterhauses in der Eisenbahnstraße 109 einbringen werden. Im neuen Objekt selbst gab es bereits eine Klanginstallation von einer Weimarer Studentin und mehrere Filmabende im geräumigen Innenhof.

Die Nutzer_innen selbst bezeichnen sich als ausgesprochen gute Hausgemeinschaft, die sich momentan über nichts beschweren könne. Sie sind allerdings auch nur lose organisiert, halten regelmäßige Plena allein deshalb ab, um die wichtigsten Dinge zu besprechen, wie den Kontakt zu Eigentümern, Verein und der Presse. Ein inhaltlicher roter Faden, was die Außenwirkung betrifft, ist noch nicht aufgegriffen worden, zu sehr ist mensch mit der Renovierung beschäftigt gewesen. Diesbezüglich wird vor allem der gute Kontakt zu und die enge Kooperation mit den Eigentümer_innen als großer Glücksfall angesehen. Als Beispiel werden vor allem die Vielzahl an Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb der eigenen Wohnungen angegeben. Die einzigen Stimmungsdämpfer sind das mangelnde kulturelle Angebot im Stadtteil Neustadt-Neuschönefeld, wo auch schon mal eine Scheibe zu Bruch geht oder ein vor der Tür abgestelltes Fahrrad geklaut wird. Doch damit muss sowieso überall in der Stadt gerechnet werden. Auch wenn derzeit noch fast alle Häuser in der Nachbarschaft leer stehen, so glauben die Nutzer_innen doch, auch einen Anstieg der Student_innenzahl im Viertel zu beobachten. Dem ist ohne Zweifel so, gibt es seit einigen Monaten doch durchaus neue Hausprojekte in diesem von der alternativen Szene aufgegebenen, ja teilweise verpönten Kiez (siehe hierzu auch den Artikel auf Seite 6f). Erwähnenswert ist noch, dass *HausHalten* im Rahmen ihrer „mehrere Wächterhäuser in unmittelbarer Nähe befruchten sich gegenseitig“-Strategie schon drei neue Häuser im Angebot hat, für die

Im Osten was Neues. Im Westen aber auch!

mensch sich derzeit noch bewerben kann.

Milieuaufwertung an allen Ecken

Neben dem Fast-Nachbarhaus Ludwigstraße 95, welches die beiden erwähnten Neuschönefelder Standorte unterstützen soll, kommt mit dem ehemaligen Fernsprechamt in der Shadowstraße 10 (Neulindenu) ein Projekt in unmittelbarer Nähe des Vereinssitzes und des unabhängigen Hausprojektes *Casablanca* hinzu. Dadurch beherbergt das Gebiet um den Lindenauer Markt bald schon das fünfte Wächterhaus im Radius von 100 Metern. Als mutigen Schritt könnte mensch den Sprung nach Kleinzschocher bezeichnen, wo mit dem Projekt Ruststraße 17 ein neuer Stadtteil für die Milieuaufwertung erschlossen wird. Der Verein startet durch, könnte mensch denken, doch ist vor allem nach der Bekanntgabe der drei neuen Projekte überdeutlich geworden, dass sich der *HausHalten e.V.* von einem seiner erklärten Hauptziele offensichtlich verabschiedet hat. Im Interview mit dem *Feierabend!* in der Ausgabe #29 erklärte der Vorsitzende Mothes noch: „Uns ist es allerdings wichtig, besonders die den Stadtteil prägenden Gebäude anzugehen und das sind vor allem die Eckgebäude an den Hauptverkehrsstraßen.“ Die Realität zeigt, dass es jetzt eben auch ohne Ecken und Verkehrsadern funktionieren soll, also auf Masse statt Klasse gesetzt wird. Auch ist schwer vorstellbar, dass der Verein künftigen Hauswächter_innen wieder die Wohnnutzung der von ihnen renovierten Räumlichkeiten vertraglich untersagen kann oder will, wie dies in einigen der bestehenden Häuser der Fall ist. Das Konzept der Wächterhäuser hat in den letzten Monaten also einen grundlegenden Wandel erfahren. Der *Feierabend!* wird am Ball bleiben, um die Entwicklung weiterhin kritisch zu beäugen. Am Rande erreichte uns noch die Meldung, dass am 9. Juni das erste Wächterhaus in Görlitz eröffnet wurde und am 24. und 25. September der Verein erstmals eine „Wächterhaustagung“ in seinen Räumlichkeiten in der Lützner Straße 39 abhalten will. (bonz)

Von Besetzern zu Besitzern

Kauf der Gieszer 16 wieder mal gescheitert

Am 23. Juli sollte es endlich so weit sein: Nach jahrelangen Verhandlungen mit der Stadt Leipzig, aufwendigen Sanierungen und etlichen Finanzierungskonzepten war der Kaufvertrag für die Betreiber_innen des *kulturellen zentrums zur foerderung emanzipatorischer gesellschaftskritik und lebensart* in der Gießerstr. 16 (G16) aufgesetzt und die Kulis gezückt. 1999 hatte die Stadt Leipzig als Eigentümerin die damaligen Ruinen des alten Fabrikgeländes dem gemeinnützigen Verein *Stadtteolförderung, Wohnen und Kultur e.V.* kostenlos zur Verfügung gestellt und dies 2001 sogar vertraglich festgeschrieben („unentgeltlicher Besitzüberlassungsvertrag“). Doch politische Zugeständnisse, rechtliche Verträge und erst recht linke, selbstorganisierte und unkommerzielle Projekte sind offensichtlich kaum was wert, wenn in ordentlicher kapitalorientierter Manier wirtschaftlich nichts dabei rum kommt.

Anfang Juni'09 haben die Stadträte im Grundstücksverkehrsausschuss schlussendlich den Verkauf der G16 an deren Nutzer_innen einstimmig beschlossen. Doch in letzter Sekunde wurde der Notartermin Ende Juli mit der Begründung einer „unzulässigen Subventionierung und Ungleichbehandlung“ abgesagt, Verhandlungen und Gespräche auf Eis gelegt, ja sogar die Konzert- und Veranstaltungsräume in der G16 kurzerhand und bis auf Weiteres durch das Bauordnungsamt geschlossen. Und wenn dann noch das Rechnungsprüfungsamt, welches im Stadtrat nur eine beratende Funktion ohne direkte Entscheidungskompetenzen hat, die Situation nutzt, um an die leeren Kassen der Stadt zu erinnern und die angeblich nicht gezahlten Mieten von den Bewohner_innen der G16 einzufordern (wobei es einen Mietvertrag nie gegeben hat!), wird klar worum es hier geht: es stinkt gewaltig nach Abzocke und Wahlkampfpropaganda.

Nein, das ist kein Zufall. Nicht nur die G16 wird von einer immer restriktiver werdenden Stadtpolitik getroffen, die linksalternative Ansätze in Politik und Kultur immer stärker kontrolliert, einschränkt

und immer weitere finanzielle Forderungen erhebt. Auch das Lichtspieltheater *UT Connewitz* ist von Schließung bedroht, da über 20.000 Euro notwendig sind, um die neuen Auflagen der Stadt bis zum Herbst zu erfüllen. Kreative Aktionen wie das die *Critical-Mass*-Fahrraddemos werden von den Bullen mit Maschinengewehren begleitet. (1) Doch ein Höhepunkt repressiver Ordnungsmacht gegenüber der Freien Szene in Leipzig war das Verbot für die Aftershowparties der kulturpolitischen Demonstration *Global Space Odyssey* am 25. Juli, die in der G16, sowie Damenhandschuhfabrik und Superkronik stattfinden sollten. Die Stadt hat noch immer keine Begründung dafür geliefert, warum dies gerade und explizit nur für diesen Tag galt. Doch der politische Kurs der Stadt, sich zukünftig stärker gegen alternative politische Projekte und die freie Kulturszene zu wenden, zeichnet sich immer klarer ab und darf nicht unbeantwortet bleiben.

Im Fall des gestoppten Verkaufs der G16, ist Mensch versucht, kopfschüttelnd die Situation als lächerlich und peinlich abzutun. Doch das Lachen bleibt im Halse stecken und hinterlässt einen ekligen Nachgeschmack. Seit Jahren wird im Stadtteil Plagwitz investiert, modernisiert und spekuliert, um damit den sogenannten Standort Leipzig-West „attraktiver“ für Privateigentümer und Wirtschaftsunternehmen zu machen. Händeringend wurde auch für das Gelände der G16 auf dem Immobilienmarkt nach dem meistbietenden Investor gesucht, der im Interesse der Stadt die alten Gebäude schnell, ordentlich und ohne Probleme zu machen in sterile Kleinfamilienwohnungen verwandelt oder wahlweise neue glänzende Fassaden eines weiteren konsumanregenden Ladens hochzieht. Warum auch immer, es gab und gibt keine anderen Interessenten als den gemeinnützigen Verein der G16, der bereit ist der Stadt das Gelände abzukaufen. Doch es geht nicht nur um's Geld. Der zukünftige FDP-Stadtrat Hobusch bekennt Farbe, wenn er den Abbruch der Verkaufsverhandlungen damit

begründet, dass das alternative Zentrum G16 wie auch das Connewitzer Kreuz eine „Hochburg linksextremer Gewalt“ sei und sich dann noch weiter echauffiert über das „Verschleudern von Immobilien und Grundstücken zum Spottpreis an die Linken“ (2). An Oberflächlichkeit, Pauschalierung und Meinungsmache ist dies schwer zu übertreffen. Anscheinend beleidigt, bei der Verkaufsentscheidung nicht gefragt worden zu sein, und nach Wählerstimmenkreuzchen am rechten Rand schielend, erlaubt sich Herr Hobusch gar, gegen die Parteilinie zu agitieren (3).

Was die Nutzer_innen der G16 betrifft, wird es am 15.8 um 15:08Uhr eine Vollversammlung geben, auf der gemeinsam das weitere Vorgehen koordiniert wird. Es bleibt zu wünschen, dass sich der Verkaufsstop als schlechter Scherz entpuppt und der Verein als zukünftig neuer Hausbesitzer nicht an der steuerzahlenden Realität zerbrechen wird. Häuser zu kaufen, ist aber kein Ersatz für den Kampf um neue Freiräume. Denn weiterhin gilt: Besetzen statt Besitzen!

droff

(1) <http://www.rad-le.de/artikel/159-Critical-Mass-Maschinenpistolen-gegen-Radfahrer.html>

(2) <http://www.fdp-leipzig.de/2009/07/28/stillhalteabkommen-mit-linker-szene-keinen-cent-wert-%E2%80%93-auch-nicht-fur-gieserstrase-16/>

(3) Auszug aus dem FDP-Parteiprogramm: *Wir müssen Leipzigs Kulturschaffenden und Kreativen mit großer Wertschätzung, besserer Ausstattung und jeder Art von Unterstützung die Freiräume ermöglichen, die sie für ihre Arbeit brauchen.* (www.fdp-leipzig.de/programm/)





» Arno -
Nitzsche-
Straße 26“ – „Was
soll da sein?“ Da soll ein

linkes Wohn-, Kultur- und Politprojekt sein. Ist es aber leider nicht. Damit sich das bald ändert, kümmern wir uns jetzt um den Kauf der beiden Häuser in besagter Straße und Hausnummer. Wer wir sind und was es mit dem Projekt auf sich hat, weiß bisher keiner so genau. Das wird jetzt anders.

Gegründet hat sich unsere Initiative kurz nach dem Aufeinandertreffen zweier Gruppen. Verstreute und doch befreundete Menschen, die sich teilweise auch im Umkreis der Ex-Steffi in Karlsruhe bewegten, in Berliner Freiräumen aktiv waren oder sich in ganz anderen Städten betätigten, kamen nach Leipzig um hier einen Freiraum zu schaffen. Die Suche nach geeigneten Objekten gestaltete sich schwieriger als gedacht. Mensch knüpfte jedoch Kontakte, die bekanntlich einige Türen öffnen können. In diesem Fall war die *Alternative Wohngemeinschaft Connewitz (AWC)* der Türöffner, denn sie machte die Suchenden auf eine andere Initiative aufmerksam. Die Punx von jenem anderen Projekt hatten schon erste Anstrengungen in der Wolfgang-Heinze-Straße bezüglich der Umsetzung eines linksradikal politischen Hauses unternommen. Leider wurden diese Bemühungen von dem Brett vorm Kopf des Besitzers zerschlagen. Beide stießen nun in der sich entwickelnden Initiative für die *Arnie26* zueinander: ein Vorder- und ein Hinterhaus in Connewitz mit genügend Platz zum Wohnen für alle Beteiligten sowie zahlreiche kulturelle und soziale Projekte.

Das Aufeinandertreffen beider Initiativen gestaltete sich aufgrund der Heterogenität innerhalb der Gruppe anfangs noch schwierig. Wir beschnupperten uns, entdeckten Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede. Trotz einiger Differenzen haben wir beschlossen, mit vereinten Kräf-

ten aus den leer stehenden Häusern in der Arno-Nitzsche-Straße 26 eine Villa Kunterbunt zu machen. Seit diesem Zeitpunkt arbeiten nun etwa 40 Leute zusammen an diesem Projekt.

Die für uns sinnvollste Variante, die Hütte vom Markt zu nehmen und linke Politik mit einem Schritt zu einem selbst bestimmten Leben zu verbinden, ergab sich nach einigem Hin und Her im *Mietshäuser-syndikat*. Die Grundlage des Syndikats ist eine Solidargemeinschaft, die mittlerweile (mit uns) aus 66 Projekten besteht. Die Gemeinschaft stützt sich gegenseitig mit jeder Art Hilfe, die benötigt wird und gegeben werden kann. Das reicht von simplen Baueinsätzen (wie z.B. in der Zollschuppenstraße in Leipzig, die auch eine Projektinitiative des *Mietshäusersyndikats* ist), über Know-How und Vermittlung bis zu Direktkrediten, also finanzieller Unterstützung. Ein weiterer Vorteil des *Mietshäusersyndikat e.V.* ist die paritätische Anteiligkeit des Vereins an der GmbH, die das Haus kauft. Damit wird garantiert, dass das fertige Haus weit entfernt vom kapitalistischen Immobilienhandel bleibt und die Haus-GmbH die Immobilie weder wieder verkaufen noch durch überhöhte Mieten Gewinn erwirtschaften kann.

Nachdem wir uns also auf eine Finanzierung einigen konnten, musste detailliert über die Frage der Nutzung gesprochen werden. Genug Platz für Ideen und Kreativität bieten das Vorder- und Hinterhaus, zu denen noch ein Grundstück von 850 qm Größe gehört. In erster Linie wollen wir natürlich als respektvoll miteinander umgehende Gemeinschaft in der *Arnie26* leben. Die Beteiligung an verschiedenen soziokulturellen und politischen Projekten, sowie die Bereitstellung von Räumlichkeiten für derartige Initiativen stellt die Basis der aktiven *Arnie 26* dar, an der alle Bewohner_innen in unterschiedlicher

JOIN the Arnie!

Ein neues Hausprojekt entsteht in Connewitz

Weise teilhaben werden. Getreu dem Motto „Luxus für alle“ sind einige betriebskostenpreisliche oder unentgeltliche Errungenschaften im Haus geplant: eine Sauna, freie Bandprobe- und Sporträume, sowie eine Bibliothek. Damit auch linke Subkultur nicht zu kurz kommt, wollen wir zudem einen Konzertkeller, ein Café und einen Freisitz bereitstellen, die für diverse Veranstaltungen genutzt werden können. Als Abrundung unseres Nutzungskonzepts soll eine Siebdruckwerkstatt entstehen und ökologischer Landbau auf der kleinen Fläche im Schatten des Hinterhauses einen Teil der Versorgung der Nutzer_innen und Besucher_innen der Villa stellen.

Das klingt alles schön und gut, aber bringt ein „Friede, Freude, Eierkuchen“-Gefühl auf, das nicht erreicht werden soll. Denn unsere Arbeit geht jetzt in die heiße Phase. Wir stehen kurz vor dem Eintritt in die Kaufverhandlungen mit einem erneut sehr netten und aufgeschlossenem Herren aus der Immobilienbranche und es häufen sich die Hindernisse. Für unsere erste Kostenschätzung haben wir eine Menge Geld bezahlen müssen. Sie war absolut oberflächlich und, entgegen anderslautender Vereinbarungen, nicht auf unsere Ansprüche zugeschnitten (wobei wir bei dem nächsten Brett wären). Nach der Besichtigung des Hauses mit Architekten und anderen Fachleuten wurde uns klar, dass die Seifenblase nicht so ein-

fach aufzublasen
ist, wie



wir uns das gedacht hatten, denn der relativ schlechte Zustand des Vorderhauses bringt Probleme mit sich, die wir anfangs nicht erwartet hätten. Der massive Schwammbefall im Haus zieht viel Arbeit nach sich. Vor drei Jahren sollte es saniert werden. Die Sanierung stoppte, nachdem die Eigentümerin Pleite ging und nun stehen wir einem entkernten Altbau gegenüber, der nur noch von Tauben bewohnt wird. Zudem gibt es keine Heizung und es kommt mit dem Kaufpreis und den Kosten für die Sanierung eine Stange Geld auf uns zu, die jedem den Kopf zertrümmern würde. Trotz alledem setzen wir unsere Hoffnung auf die hübschen Häuschen in Connewitz. Wir stecken unseren Schweiß und unsere Zeit in die Arbeit am Projekt, werden es aber nicht alleine schaffen. Deshalb bitten wir euch um Unterstützung. Ein Lächeln für die *Arnie26* wäre klasse. Ihr könnt euch auch einfach nur für uns und unser Projekt interessieren, mal zu einem Plenum kommen, uns kontaktieren oder mit euren Freund_innen über die Arnie quatschen, damit wir in aller Munde kommen. Saufen für die *Arnie* ist ein anderer Weg, mit dem ihr uns helft, denn die Solicoctails sind, auch wenn sie nur Kleingeld abwerfen, wichtig um laufende Kosten (wie z.B. unsere Notarin, die Vereinseintragung oder diverse Gutachten) zu bezahlen. Solikonzerte wie das vom 11.07.09 im *Zoro* mit Tombola, Vokü und Bands wird es öfter geben und auch die wollen gut besucht werden. Zu guter Letzt könnt ihr,

wenn euch die Vorstellung gefällt, auch eine Bürgerschaft unterschreiben oder uns mit dem großen Sparschwein, das ihr sicher alle habt, einen Direktkredit geben. Nähere Hinweise dazu findet ihr auf unserer Homepage. Es gibt viele Möglichkeiten uns zu helfen und wir freuen uns über jede und jeden, der es tut. Also:

Entgegen allen Hindernissen und
Brettern – Join the Arnie!

(Selbstdarstellung
der Gruppe)

weitere Infos:

<http://www.arnie26.info/>
www.syndikat.org

Das Modell des Mietshäuser Syndikats

Das *Mietshäuser Syndikat* wurde 1992 aus der ehemaligen Freiburger BesetzerInnen-Szene heraus gegründet und besteht mittlerweile aus 66 Projekten und Initiativen, die als Mitglieder in einem Verein organisiert sind. Ziel des Vereins ist die Förderung alternativer und gemeinschaftlicher Wohn- und Hausprojekte. Dabei sollen die erworbenen Immobilien vor allem langfristig der Marktspekulation entzogen werden. Deshalb betreibt der *Mietshäuser Syndikat e.V.* als einziger Gesellschafter eine eigene Vereins-GmbH. Möchte eine Projektgruppe Mitglied des Syndikats werden, gründet sie für Ihr Objekt ebenfalls eine Haus-GmbH, die die Eigentumstitel an der Immobilie hält. Projektgruppe und die Vereins-GmbH werden dann gleichberechtigte Gesellschafter (50:50) in der jeweiligen Haus-GmbH. Insbesondere der Verkauf einer Immobilie wird so nur dann möglich, wenn sich beide Seiten einig sind. Das Syndikat kann nicht gegen die Gruppe und die Gruppe nicht gegen das Syndikat handeln. Allein das rege Interesse an dem Modell des *Mietshäuser Syndikats* und dessen seit 1992 immer weiter gestiegene Aktivität beweist: Das Modell funktioniert für beide Seiten.



Aus für deutschen Luft-Boden-Schießplatz

Wahlkampf hin oder her, das sogenannte „Bombodrom“ in der Kyritz-Ruppiner Heide (Brandenburg) mit einem Areal von 144qkm wird es nicht geben. Zwar lügen Verteidigungsminister schon öfter mal, aber eine Revisionsfrist ist bekanntlich kurz und der juristische Spielraum klein. Außerdem hatte noch der Bundestag am 02. Juli einem Antrag des Petitionsausschusses stattgegeben. Es dürfte also für den neuen wie alten Minister auch politisch schwierig werden, die Pläne so schnell wieder herbeizuzaubern. Was bleibt? In erster Linie eine riesige Fläche in Bundesbesitz, die nun teilweise touristisch erschlossen werden kann, aber hauptsächlich wohl Naturschutzgebiet werden wird. Die Bundeswehr dagegen muss ihre Luft-Boden-Schießübungen auf etwas kleineren Terrains abhalten, was nicht viel stört, da man sich eh längst auf andere Kriegstechniken spezialisiert hat. Und die ansässige Bürgerschaft darf sich illusionieren, nach dem fast 17jährigen juristisch-politischen Ringen den Weg freige-macht zu haben für bahnbrechende Neuansiedlungen und phantastische Jobwunder.

Naja, ganz so fade fällt das Ergebnis dann doch nicht aus, denn immerhin konnten einige kleinere antimilitaristische Gruppen und Initiativen durch die lange Widerstandszeit hindurch reichlich Aktions- und Organisationserfahrung sammeln, auch im Umgang mit einem breiten bürgerlichen Bündnis. Daran gilt es weiter anzuknüpfen, gerade jetzt, da ein symbolträchtiges Ziel durchgesetzt wurde. Die Parole lautet: Neu orientieren, Kraft mitnehmen, weitermachen. Venceremos!

(clov)

gamma

Antifa-flyer
für Leipzig
& Umland

Die aktuelle
Ausgabe für Sommer
2009 ist gerade
erschienen.
Watch out!

www.gamma.antifa.net

„Jedem Ende wohnt ein Anfang inne ...“

Thor-Steinar-Laden in Halle eröffnet

Während viele Leipziger_innen am 30. Juni den erfolgreichen Kampf gegen den Nazi-Laden 'Tönsberg' ausgiebig mit „antifaschistischem Festbankett“ und einer Jubeldemo unter dem Motto „Nazizentren zu Tanzschuppen“ feierten, haben die Hallenser_innen noch keinen Grund zur Freude: Denn die Firma 'MediaTex GmbH', die die von Nazis beliebte Marke 'Thor Steinar' vertreibt und bundesweit derzeit ca. 10 Läden direkt betreibt, hat kurzerhand die Klamotten eingepackt und die Geschäftsstelle in's 40 km entfernte Halle verlegt. Der neue alte Laden heißt jetzt 'Oseberg', befindet sich bahnhofsnah in der Leipziger Straße 70 und erfreut sich zahlreicher Kundschaft aus Halle, Leipzig und Umgebung.

Dass Meusel – der ehemalige Geschäftsführer von MediaTex* und Betreiber des Ladens – auch in Halle keine Ruhe haben wird, zeigte sich bereits bei der Ladeneröffnung am 4. Juni. Denn am Morgen erschienen spontan ca. 150 Menschen, die z.T. mit Transpis und Flyern bestückt ihren Unmut äußerten, Mist vor die Schaufenster kippten und signalisierten, dass auch dort kein Platz sei für eine aussichtsreiche Zukunft von Naziläden.

In den darauf folgenden Wochen wurde das Oseberg nicht nur durch Farbbeutel an der Fassade und Risse in den Fensterscheiben „verschönert“, sondern auch strategisch unter die Lupe genommen. Eine Gruppe engagierter Personen und zivilgesellschaftlicher Initiativen tauschte Erfahrungen mit Ladenschluss-Kampagnen in Leipzig und Magdeburg aus und gründete daran anlehnend die *Aktion Ladenschluss*, unter deren Label der Protest nun laufen soll. Seither gibt es jeden ersten und dritten Montag im Monat ein offenes Treffen, bei dem neue Infos ausgetauscht, Ideen gesammelt und geplante Aktionen besprochen werden. Eingeleitet werden die Plena jeweils mit vor dem Oseberg stattfindenden Picknicks um 18 Uhr, bei denen nicht nur Präsenz gezeigt, sondern auch die Bevölkerung informiert werden soll.

Inzwischen sind mit der Kündigung seitens des Immobilienbesitzers bereits rechtliche Schritte eingeleitet worden und eine Reihe von Aktionsideen – wie vor den Laden platzierte Altkleidercontainer, Straßentheater, Workshops und Plakatwettbewerbe – in Umsetzung.

Um das von Magdeburg bekannte „Örtchen-wechsel-dich-Spiel“ einzugrenzen, gibt es außerdem Briefe, die potentielle Vermieter in Halle aufklären und warnen sollen. Der Widerstand gegen den Thor-Steinar-Laden in Halle läuft also an – wird sich aber auch verstärken müssen. Denn wie bereits am Fall Leipzig deutlich wurde, scheuen die Betreiber keine langwierigen gerichtlichen Auseinandersetzungen. In Halle dürfte die rechtliche Lage zudem erschwert sein, da der Immobilieneigentümer scheinbar nicht „arglistig getäuscht“ wurde.

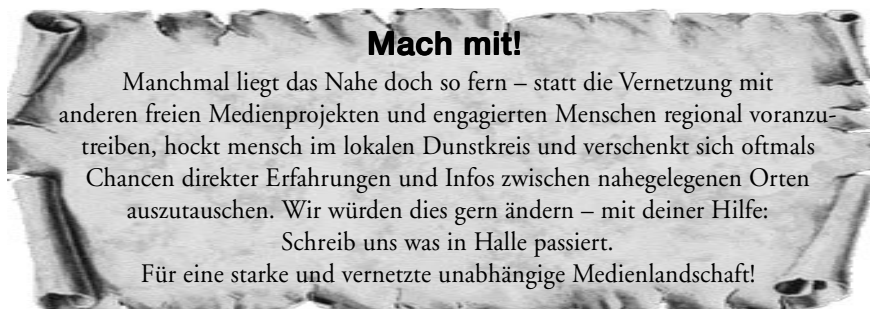
Schade ist jedoch, dass im Gegensatz zum Spektrum des Leipziger *Ladenschluss-Aktionsbündnis gegen Nazis* das Engagement der Hallenser_innen hauptsächlich von zivilgesellschaftlichen Akteuren, also Vertreter_innen lokaler politischer Organisationen ausgeht und „klassische“ Antifa-Kreise kaum am runden Tisch der



Aktion Ladenschluss anzutreffen sind. Dass es an dieser Stelle (noch) so wenig strategische Zusammenarbeit gibt, hat sicherlich mehrere Ursachen. Aus den Erfahrungen der anderen Kampagnen gegen Thor-Steinar-Läden heraus sollte dies jedoch auch kritisch betrachtet und verändert werden. Denn wie fruchtbar eine Zusammenarbeit durch Zuwachs an aktiven Menschen und vielfältigen Aktionsformen sein kann, wird sich vor allem dann zeigen, wenn der Atem – wie befürchtet – länger sein muss.

momo

* Die Firma Mediatex wurde Ende letzten Jahres an den arabischen Investor Faysal al Zarooni in Dubai übertragen. Zwar gibt es innerhalb der rechten Szene vereinzelte Forderungen nach Boykott der Marke, der jedoch angesichts der Verbreitung und Identitätsstiftung unter Nazis vorerst zu vernachlässigen ist (siehe auch FA!#33). Meusel, der ehemalige Geschäftsführer der Firma versucht weiterhin offensiv bundesweit Geschäftsstellen zu eröffnen und war auch am 04.06. in Halle persönlich zugegen.



„Nach der Besetzung ist vor der Besetzung“

Kampf um ein Libertäres Zentrum in Magdeburg

So schloss der letzte Bericht (#33) des *Feierabend!* zum „Topf Squat“ in Erfurt, welches am 16.05.09 nach acht Jahren Besetzung martialisch geräumt und anschließend plattgemacht wurde. Gemeint war eine (hoffentlich baldige) Neubesetzung, die der Stadt ihr unverzichtbares autonomes Zentrum zurück gibt. Doch erstens kommt es anders und zweitens als man denkt:

Nicht nur der Blick der deutschen Squatterszene richtete sich noch am selben Tag in die sachsen-anhaltinische Landeshauptstadt. Von der erst ein paar Wochen zuvor gegründeten Freiraumkampagne *Für ein Libertäres Zentrum in Magdeburg* wurde prompt am Tag der Erfurter Räumung ein Haus besetzt – die ehemalige „Gruson-Villa“ der SKET-Poliklinik, etwa zwei Kilometer von der Magdeburger Altstadt entfernt, im Stadtteil Buckau. Für Besetzer_innen-Verhältnisse sehr idyllisch in einem brachliegenden ehemaligen Industriegebiet gelegen, bot das geräumige Gebäude vielversprechende Möglichkeiten eines zukünftigen Libertären Zentrums. Ja, *bot*. Denn nach sechs Wochen war die Besetzung erst einmal vorbei.

Aber die *Initiative für ein Magdeburger Libertäres Zentrum* ist damit noch lange nicht gestorben. Sie wird dieses Haus überleben wie sie auch schon die „Ulrike“ überlebt hat, die zwischen 2000 und 2002 mehr war als nur ein autonomes Zentrum und libertärer Freiraum. Für die zahlen- und engagementstarke linksrevolutionäre Szene Magdeburgs rund um den *Autonomen Zusammenschluss* war das Ulrike-Meinhof-Haus eine wichtige Station, eine unverzichtbare Basis für die gesamte alternative Szene, welche leider im Zuge der Ermittlungen im Rahmen eines 129a-Verfahrens (1) ebenso wie der *Zusammenschluss* zerschlagen wurde. Die Vorstellung des Autonomen/Libertären Zentrums aber lebte weiter. Doch was soll diese – ganz unabhängig von den konkreten Räumlichkeiten – eigentlich sein? Die Leute der neuen Freiraumkampagne drücken es so aus: „Das Libertäre Zentrum soll ein Wohn- und Projekthaus sein, in dem wir freiheitlich und selbstbestimmt le-

ben können und in dem es genügend Platz für verschiedene kulturelle und politische Projekte gibt.“ So allgemein, so gut. Doch die Aktivist_innen haben nicht nur solche Allgemeinplätze im Programm, sondern durchaus konkrete Vorstellungen. Sie „brauchen Platz für unkommerzielle Kunst und Musik, Selbsthilfe-Werkstätten, einen Umsonstladen, Café und Vokü, politische Bildung unabhängig von Parteien, unterschiedliche Formen des Zusammenlebens und vieles mehr.“ Und diesen Platz fanden sie in der seit Jahren leerstehenden Poliklinik in der Freien Straße und besetzten sie kurzerhand.



Magdeburger Volksstimme vom 20.05.2009

Die Polizei war von Beginn der Besetzung an vor Ort, duldet diese jedoch aufgrund ungeklärter Besitzverhältnisse. Es stellte sich recht schnell heraus, daß die Villa der *Mitteldeutschen Sanierungs- und Entsorgungsgesellschaft mbH (MDSE)* gehört und die wiederum zu 100% dem Land Sachsen-Anhalt. Die MDSE signalisierte Verhandlungsbereitschaft, stellte aber sogleich auch Strafantrag wegen Hausfriedensbruch (aufgrund dessen eine Räumung möglich ist). Ein Straßenfest am zweiten Tag lockte noch mehr Unterstützer_innen auf das Gelände, schuf in der kritischen ersten Zeit eine personelle Basis. Die Polizei hielt sich zurück und auch in den folgenden Tagen sollte alles recht positiv verlaufen. Die Besetzer_innen richteten sich ein, nahmen Stromaggregate in Betrieb und begannen mit ersten Instandsetzungsmaßnahmen, um die Wohnbarkeit des Hauses herzustellen bzw. zu gewährleisten.

Nach zwei Wochen wurde der Besetzer_innengruppe von der MDSE in Verhandlungen ein Ersatzobjekt angeboten. Als Bedingung für weitere Verhandlungen jedoch wurde ein Verlassen der Gruson-Vil-

la innerhalb von sechs Stunden gefordert. Dies war freilich nicht durchführ- oder gar hinnehmbar und auch das gleich oberflächlich besichtigte Ersatzobjekt wollte nicht als Katze im Sack gekauft werden. (2) Nach der Ablehnung einer geforderten zweitägigen Bedenkzeit zeigte sich die MDSE kompromisslos und kündigte die Räumung durch die Polizei an. Nichts dergleichen geschah jedoch, die größere Feier zum vierwöchigen Bestehen ging glatt über die Bühne und andere Konzert-, Film- und Diskussionsveranstaltungen, wie die zum „Konflikt zwischen Antifaschist_innen in Magdeburg“ (dem die Freiraumkampagne stets neutral gegenüber stand), konnten reibungslos verlaufen. Observation durch den Staatsschutz und kleinere Übergriffe und Beleidigungen waren dennoch an der Tagesordnung. Die Lage spitzte sich am 30. Juni plötzlich drastisch zu, die Polizei blockierte das Gelände, sprach Platzverweise aus und griff sogar einzelne Leute körperlich an.

Doch es kam nicht zum befürchteten Showdown nach Erfurter Vorbild. Die verbliebenen Besetzer_innen traten in der Nacht zum 2. Juli, von der Polizei unbenutzt, den Rückzug an. Die Kampagne begründete diese Aufgabe damit, daß „durch den physischen und psychischen Druck [...] der Betrieb des Libertären Zentrums im besetzten Haus [...] unmöglich gemacht [wurde].“ Daß die Idee eines Libertären Zentrums allerdings nicht an ein bestimmtes Gebäude gebunden ist werden die Kampagnenleute nicht müde zu betonen, sie vertraten dies auch lautstark und bunt am 18. Juli in einer Freiraumdemo durch die Magdeburger Innenstadt. Wie aktuell der Slogan „Nach der Besetzung ist vor der Besetzung“ tatsächlich bei den Elbestädtern ist, beweist die erfreuliche Meldung, die uns kurz vor'm FA!-Druck erreichte: „SKET Poliklinik wiederbesetzt“. Weiter so! (bop)

(1) siehe auch FA! #27 S.22: „Wie bilde ich eine terroristische Vereinigung?“

(2) Kritik an den und Diskussion um die gescheiterten Verhandlungen: <http://nkorb.blogspot.de/2009/06/08/voll-gegen-die-wand/>

Politische Betätigung im Schatten des Ausländerrechtes

In Grimma im Landkreis Leipzig besetzten vier Familien – 18 Personen, darunter 10 Kinder – am 23. Juni 2009 eine Kirche, um auf die schlechten Bedingungen im Asylbewerberheim Bahren aufmerksam zu machen. Sie forderten die Möglichkeit in eigenen Wohnungen unterzukommen und verweigerten die Rückkehr ins Heim. Sie nahmen dafür einen unbeheizten Kirchenraum, harte und schmale Kirchenbänke, Verzicht auf warmes Essen und Dusche, böse Blicke, fremdenfeindliche Parolen und die ständige Angst geräumt zu werden in Kauf.

Der öffentliche Druck und der Unwillen der Kirche die ungewollten Gäste zu dulden oder die Aussagen politischer Verantwortungsträger, sich nicht erpressen lassen zu wollen, führten nach zwei Wochen zur Beendigung der Aktion. Drei der Familien kehrten ins AsylbewerberInnenheim in Bahren bei Grimma zurück. Mittlerweile hat die Ausländerbehörde die Anträge auf dezentrale Unterbringung von zwei der beteiligten Familien bewilligt. Für die vierte Familie allerdings, deren Vater als „Rädels- und Wortführer“ für die Besetzungsaktion ausgemacht und mehrfach in der Presse so tituliert wurde, stand weder die Rückkehr nach Bahren, noch eine eigene Wohnung zur Debatte. In Form einer Zuweisungs-

entscheidung wurde ihnen am 06.07.2009 mitgeteilt, dass sie sich im Asylbewerberheim Plauen einzufinden haben, andernfalls könnten sie mit Freiheits- oder Geldstrafen rechnen. Mittlerweile wurde der Asylantrag der nun in Plauen lebenden Familie abgelehnt. Ihnen droht die Abschiebung.

Bei der Grimmaer Kirchenbesetzung handelte es sich formal nicht um Kirchenasyl, da keinem/r der Besetzenden – zum damaligen Zeitpunkt – eine Abschiebung drohte. Die MigrantInnen, die aus Palästina, dem Libanon und vermutlich Afghanistan und Russland stammen, betätigten sich politisch. Zwei Familien konnten so ihr Ziel erreichen. Ob die Verlegung und nun drohende Abschiebung der vierten Familie mit der ihnen zugeschriebenen „Rädelsführerschaft“ zusammenhängt, bleibt eine Mutmaßung. Zumindest dürften die Schritte vor diesem Hintergrund schneller eingeleitet worden sein als im normal-bürokratischen Regelfall.

Die *Rote Hilfe Leipzig* nimmt den kurz angerissenen Fall zum Anlass, um zu schauen, wie es um die politischen Rechte von Menschen ohne deutschen Pass steht. Die Hannoveraner Ortsgruppe der Roten Hilfe hat sich auf Basis der bestehenden Gesetze mit eben jener Frage auseinandergesetzt:

Für Menschen ohne deutschen Pass gelten Sondergesetze wie das Aufenthaltsgesetz. Ihre politische Betätigung wird dadurch eingeschränkt. Die *Rote Hilfe OG Hannover* hat sich aufgrund der Repression gegen türkische und kurdische GenossInnen und vermehrten Anfragen von jugendlichen MigrantInnen aufgrund ihrer politischen Arbeit mit den geltenden Rechtsgrundlagen auseinandergesetzt. Dieser Text ist eine erste Zusammenfassung dieser Recherche. Interessant wäre, konkrete Fälle und Grundsatzurteile zu analysieren und daraus eine Handlungsempfehlung für den Umgang mit politischen Prozessen und Vorgehensweisen gegen die Repression der GenossInnen ohne deutschen Pass zu entwickeln.

Allgemeingültige Vorschriften bei Strafverfahren als Folge politischer Arbeit

Bei Verfahren wegen politischer Betätigung gelten Rechtsgebiete wie das Strafrecht (festgelegt im StGB) und die Strafprozessordnung (StPO), das Versammlungsrecht oder das Ordnungswidrigkeitengesetz für MigrantInnen ebenso wie für Menschen mit deutschem Pass. In den jeweiligen Gesetzen sind die Strafen für Vergehen gegen definierte Tatbestände festgelegt – sie gelten für alle Betroffenen.

Im Strafgesetzbuch sind Tatbestände definiert, die unter Strafe stehen. Die §§ 80 bis 130 bezeichnen Straftaten von Landesverrat und Gefährdung des demokratischen

Rechtsstaates über Straftaten gegen ausländische Staaten oder die Landesverteidigung oder die öffentliche Ordnung, Widerstand gegen die Staatsgewalt etc., die Grundlage für viele politisch motivierte Strafverfahren sind.

Die Strafprozessordnung regelt, wie der Ablauf von Strafverfahren aussieht. Dieser ist auch für alle Betroffenen gleich, egal welchen aufenthaltsrechtlichen Status sie haben. Das bedeutet, dass die dringende Empfehlung, nicht zu polizeilichen Vorladungen zu erscheinen, niemals und unter keinen Umständen Aussagen bei Polizei und Staatsanwaltschaft zu machen unabhängig vom Aufenthaltsstatus gilt. Ebenso die Pflicht, bei Vorladungen durch Staatsanwaltschaft und Ermittlungsrichter sowie zum eigenen Prozesstermin zu erscheinen. Beschuldigte haben prinzipiell das Recht, die Aussage zu verweigern.

Ausländerrecht und politische Betätigung

MigrantInnen, die sich politisch betätigen und insbesondere an Demonstrationen teilnehmen, gehen ein doppeltes Risiko ein. Ihnen drohen im Zweifel nicht nur eine strafrechtliche Verurteilung, sondern auch aufenthaltsrechtliche Konsequenzen von Ablehnung einer späteren Einbürgerung bis hin zu einer Ausweisung.

Für Menschen ohne deutschen Pass gelten neben den allgemeingültigen Regelungen wie dem Straf- oder Versammlungs-

recht Sondergesetze wie das Aufenthaltsgesetz (AufenthG) oder das Asylverfahrensgesetz (AsylVfG). Ihre politische Betätigung wird durch Vorschriften wie § 47 des AufenthG und die Residenzpflicht als Folge der §§ 56 ff. des AsylVfG eingeschränkt.

Ausweisung

Besonders bedrohlich für politisch Aktive ohne deutschen Pass ist die Möglichkeit der Ausländerbehörden, zusätzlich zu Strafen nach allgemeingültigem Recht aufenthaltsrechtliche Sanktionen zu ergreifen.

Im AufenthG sind Gründe für Zwingende Ausweisung, Regelausweisung und Ermessensausweisung definiert. Am schwierigsten ist es, gegen Begründungen für eine Zwingende Ausweisung nach § 53 AufenthG vorzugehen. Dies trifft z.B. Menschen, die wegen Landfriedensbruchs zu Strafen ohne Bewährung verurteilt wurden. Am größten ist die Gefahr einer Ausweisung / Abschiebung nach einer Verurteilung. Auch ohne dass eine Freiheitsstrafe von bestimmter Dauer verhängt worden sein muss, gelten AusländerInnen als „besonders gefährlich“, wenn sie ohne Bewährung wegen Landfriedensbruchs im Rahmen einer verbotenen öffentlichen Versammlung verurteilt wurden.

Die Ausländerbehörde kann aber schon während eines Ermittlungsverfahrens (also vor der Verurteilung) versuchen, politisch aktive MigrantInnen unter dem Vorwurf einer „schweren“ Straftat, z.B. schweren

Landfriedensbruchs auszuweisen.

Eine Regelausweisung nach § 54 wird verfügt, wenn sich der/die Betreffende an „Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen“ aus einer Menschenmenge heraus im Rahmen einer verbotenen oder aufgelösten öffentlichen Versammlung beteiligt hat. Eine strafrechtliche Verurteilung ist nicht Bedingung der Ausweisung.

Einbürgerung

Bei dem Antrag auf Einbürgerung werden Behörden und Polizei standardmäßig nach Einwendungen gegen die Einbürgerung gefragt. Auch eine Anfrage beim Verfassungsschutz wird als Regel durchgeführt. Da alle Verfahren an die Ausländerbehörde weitergeleitet und gespeichert werden, besteht hier die Gefahr, dass bekannte politische Betätigung als Hinderungsgrund bei einem Antrag auf Einbürgerung geltend

gemacht wird.

Es ist ebenfalls möglich, dass Menschen, deren Einbürgerung noch nicht 3-5 Jahre zurückliegt Schwierigkeiten aufgrund politischer Strafverfahren bekommen und ein Widerrufsverfahren eingeleitet wird.

Was tun?

Bei politischen Prozessen gegen MigrantInnen ist die Unterstützung durch Solidaritätsgruppen und AnwältInnen besonders wichtig. Die Frage, wie Prozesse geführt werden sollen, ist gut zu überlegen. Es ist unbedingt notwendig, auf Widerspruchsfristen bei aufenthaltsrechtlichen Fragen zu achten, Verfahren genau zu dokumentieren und rechtzeitig juristisch gegen die Ausweisung / Abschiebung oder sonstige Einschränkungen wie Ablehnung eines Einbürgerungsantrages unter Einschaltung einer AnwältIn vorzugehen.

Der Rechtsweg läuft bei Fragen des Aufenthaltsgesetzes über das Verwaltungsrecht und die Verwaltungsgerichte.

Flüchtlinge, deren Asylantrag anerkannt ist oder die eine Duldung wegen drohender Folter oder drohender Todesstrafe haben, werden durch die Europäische Menschenrechts- und die Genfer Flüchtlingskonvention vor Abschiebung geschützt. Aber: Die politische Zusammenarbeit, z.B. zwischen BRD und Türkischer Republik, führt zu praktischen und juristischen Aufweichungen.

Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis sind generell stark bedroht! Deshalb: Sofort nach einer Verhaftung durch die Polizei mit anwaltlicher Hilfe einen (zweiten) Asylantrag stellen, um eine drohende Abschiebung zu verzögern und Zeit für weitere Schritte zu gewinnen.

Hier zu Hartz4

Die Ecke mit Tipps und Tricks für ein entspannte(re)s Leben

Heute: Termin verpasst was ist zu tun?

Wer kennt das nicht. Mensch war zwei drei Wochen in der Sonne Spaniens, hat verschiedene nette und nicht so nette Kommuneprojekte besucht und ist voll mit libertären Ideen, die es gilt möglichst bald zu verwirklichen. Doch kaum zu Hause angekommen, holt einen die schnöde, graue Realität ein, denn ein Brief der ARGE mit einer Meldeaufforderung wartet bereits im Briefkasten. Alles halb so schlimm, wäre der Termin nicht vor drei Tagen gewesen....

Im Falle eines versäumten Meldetermins droht gemäß § 31 Absatz 2 SGB II die Kürzung der Regelleistung in Höhe von 10% sowie der Wegfall des Zuschlages für die Menschen, die zuvor Arbeitslosengeld I bezogen haben. Die Kürzung gilt normalerweise drei Monate, § 31 Absatz 6 Satz 2 SGB II. Allerdings nur, wenn die Meldeaufforderung eine schriftliche Belehrung über die Rechtsfolgen des Fernbleibens enthält und der Hilfebedürftige keinen Grund für sein Fernbleiben darlegen kann, § 31 Absatz 2 SGB II.

TIPP *Nur mündlich erteilten Meldeaufforderungen braucht Ihr nicht nachzukommen!*

Daraus ergibt sich zum Einen, dass nur telefonisch mitgeteilte Meldeaufforderungen ruhigen Gewissens ohne finanzielle Nachteile versäumt werden können. Ansonsten muss ein wichtiger Grund für die Terminversäumnis vom Hilfebedürftigen dargelegt werden.

! *Eine Entschuldigung ist nur bei attestierter Krankheit als Grund für Terminversäumnis sinnvoll!*

Der wichtige Grund wird von den Sachbearbeitern der ARGE sehr eng ausgelegt. Die Pflege kranker Eltern in einer anderen Stadt wird zum Beispiel für nicht ausreichend angesehen. Daher ist grundsätzlich von Entschuldigungsversuchen abzuraten! Eine Ausnahme bildet hier nur die eigene Krankheit oder die von den Kindern, welche ärztlich attestiert ist.

! *Wird im Rahmen der Entschuldigung ein Aufenthalt außerhalb angegeben, droht für die Zeit der Ortsabwesenheit der völlige Entzug der SGB-II-Leistungen.*

Die Pflege der kranken Eltern in einer anderen Stadt hat schon so manchen für die Zeit des Aufenthalts in der anderen Stadt um die gesamten SGB-II-Leistungen gebracht.



Erwähnt den versäumten Termin nicht! Ist der Brief mit der Meldeaufforderung nicht angekommen gibt's auch keine Leistungskürzungen.

Für den Zugang der Meldeaufforderung ist nicht der Hilfeempfänger, sondern die ARGE beweispflichtig. Die Meldeaufforderungen werden aber fast immer mit einfacher Post durch Pin, TNT, Citypost, Deutsche Post etc. versandt, wodurch die ARGE den Zugang beim Hilfeempfänger nicht beweisen kann. Ein solcher Beweis könnte der ARGE nur gelingen, wenn die ARGE Mitarbeiter die Meldeaufforderung selbst vorbeigebracht hätten, etwa bei einem „Vor Orts Termin“ oder die Meldeaufforderung „zugestellt“ wurde. Die Zustellung ist regelmäßig erkennbar an dem Vermerk des Zustellungszeitpunkts der Postzustellerin auf dem Briefumschlag.

! *Ihr habt die Meldeaufforderung gar nicht erhalten! Sagt nicht, der Brief mit der Meldeaufforderung sei zu spät angekommen.*

Denn nur dafür, ob die Meldeaufforderung zugegangen ist, ist die ARGE beweispflichtig, wenn der Hilfebedürftige angibt er habe den Brief erhalten nur zu spät, muss er den Zeitpunkt des Zugangs beweisen. Die Meldeaufforderung gilt ansonsten als drei Tage nach Aufgabe zur Post als dem Hilfebedürftigem zugegangen.

Übrigens haben auch Arbeitslose einen Anspruch auf Urlaub. Ihr müsst ihn vorher beantragen. Einige SachbearbeiterInnen lassen sich für die Bearbeitung solcher Anträge jedoch viel Zeit. Zudem bekommt mensch meist kurz vor und nach dem Urlaub eine Meldeaufforderung. Also immer den Briefkasten im Auge behalten

! *Urlaub rechtzeitig beantragen (ca. 2 Monate vorher). Mit Meldeaufforderungen kurz vor und kurz nach dem Urlaub rechnen!*

(Dr. Flaschenbier)

Im Unterholz der Moderne (2)

Ein Beitrag zur Kritik des esoterischen Denkens

Religion und Herrschaft waren historisch schon immer eng verbunden. Die ältesten Staatswesen waren Theokratien. Der Herrscher war zugleich oberster Priester, ein Mittler zwischen den Welten der Menschen und der Götter, oft genug galt er selbst als (halb-)göttliches Wesen. Seine Aufgabe war es, die stets vom Chaos bedrohte kosmische Ordnung im Gleichgewicht zu halten. Die soziale Ordnung wurde also als mikrokosmische Widerspiegelung einer makrokosmischen göttlichen Ordnung gesehen, aus der sich die Legitimation der Herrschaft ableitet. Die Herrschaft erschien gleichsam als im Ursprung der Welt, der ewigen Ordnung der Dinge verankert (1). Das altgriechische Wort „arche“ etwa bedeutet nicht umsonst sowohl „Ursprung“, „Prinzip/Regel“ als auch „Herrschaft“. Dieses etymologische Beispiel ist auch ein Indiz dafür, wie tiefgreifend die eben skizzierte Kosmologie Weltwahrnehmung und -interpretation strukturiert: Herrschaft reproduziert sich, indem sie von den Beherrschten als in der Natur der Dinge liegend akzeptiert wird.

Mit dem Übergang vom Feudalismus zum modernen Kapitalismus und zur parlamentarisch-demokratischen Staatsform hat die (christliche) Religion zwar viel von ihrer früheren Bedeutung eingebüßt. Mit der bürgerlichen Revolution ist die Herrschaft aber bekanntlich nicht verschwunden. Mit den inneren Widersprüchen und Konflikten, die jedes Herrschaftssystem notwendig produziert, reproduziert sich auch die Mythologie, bis heute wirkt sie (in säkularisierter Form) fort. Etwas überspitzt ließe sich sagen, dass mittlerweile die Natur die Stelle Gottes als höchste Berufungsinstanz eingenommen hat.

Mythologischer Kreisverkehr

Das heißt nicht, dass man künftig auf den Begriff der Natur verzichten müsste. Die Frage ist eher, von welcher Vorstellung von Natur mitunter die Rede ist. Die Feststel-

lung, dass der Mensch einen Körper hat, also auch ein biologisches Wesen ist und darum z.B. essen muss, um nicht tot umzufallen, ist an sich unproblematisch. Nur ist *das* in den meisten Fällen eben *nicht* gemeint, wenn von der „Natur des Menschen“ geredet wird. Vielmehr versteckt sich dahinter oft die Idee einer höheren Macht, die unser soziales Handeln bestimmt. Selbst der Vernunftsbegriff lässt sich als Teil einer Mythologie verwenden. „Vernunft“ bezeichnet in diesem Rahmen dann die Erkenntnis der vermeintlichen göttlichen oder natürlichen Gesetze und die Unterordnung unter dieselben – der Begriff markiert dann genau die Stelle, an der der Denkprozess *abgebrochen* wurde, eine nicht mehr hinterfragbare Wahrheit behauptet wird. Dagegen gilt es, an den inneren Widersprüchen anzusetzen, die so verdeckt werden sollen, am vernünftigen Denken festzuhalten und die angeblichen Selbstverständlichkeiten kritisch zu hinterfragen.

Denn eben diese Setzung einer starren Norm ist ein wichtiger Bestandteil der gesellschaftlichen Mythologie. Das grundlegende Muster ist simpel: Vom zu erklärenden Phänomen wird eine *jenseitige* „Ursache“ abgeleitet, und von dem so konstruierten Fixpunkt her dann wiederum das *diesseitige* Phänomen interpretiert. Die Welt ist eben so, weil Gott sie so eingerichtet hat; Herrschaft gibt es, weil die Menschen „von Natur aus“ nach Macht streben (und weil bestimmte Menschen von Natur aus minderwertig sind und einfach beherrscht werden *müssen*). Im Kern lassen sich alle Formen mythologischen Denkens also auf einen simplen Zirkelschluss reduzieren. Statt z.B. auf die „menschliche Natur“ zu verweisen, könnte man auch einfach sagen: „Menschen sind halt so“. In der Realität verstecken sich die Zirkelschlüsse allerdings oft im Kern ausgeklügelter theologischer, philosophischer und sogar wissenschaftlicher Theoriegebäude.

Dabei sind die so konstruierten „ewigen

Wahrheiten“ selbst geschichtlich geformt. Das mythologische Weltbild erscheint nur deshalb plausibel, weil der jenseitige Fixpunkt (der göttliche Wille oder die Ordnung der Natur) jeweils eben so konstruiert wird, dass er als „Ursache“ zu den zur Debatte stehenden diesseitigen „Wirkungen“ passt. Da sich aber die Phänomene, die so erklärt und gerechtfertigt werden sollen, historisch verändern, müssen sich auch die „ewigen Wahrheiten“ entsprechend anpassen. Wenn z.B. die Existenz von Dinosauriern eine allgemein anerkannte Tatsache ist, wirkt die naive biblische Schöpfungsgeschichte eben nur noch bedingt überzeugend, der Schöpfungsglauben muss andere Formen annehmen, um die christliche Lehre mit den weltlichen Fakten in Einklang zu bringen.

Obwohl die Mythologien also fortwährend der materiellen Realität angepasst werden müssen, sind sie doch mehr als bloße ideologische „Anhängsel“ derselben. Ideologie und materieller „Unterbau“ stützen sich vielmehr in einem komplexen Rückkopplungsverhältnis gegenseitig. So haben rassistische und sexistische Denkmuster einen großen Anteil daran, den Zugang zu Ressourcen und Machtpositionen zu reglementieren, die Diskriminierung erzeugt eine materielle Realität, die wiederum der Ideologie scheinbare Plausibilität verleiht. Aus dieser wechselseitigen Entsprechung von Ideologie und materieller Realität lässt sich aber auch ein Erkenntnisgewinn ziehen: Eine Analyse der heute vorherrschenden Formen der Mythologie erlaubt auch Rückschlüsse auf die zugrundeliegenden gesellschaftlichen Konflikte und Widersprüche. Als Anschauungsobjekt soll uns hier die heutige Esoterik dienen.

Archetypischer Nonsens

Dabei erscheint es ratsam, einige Eigenheiten des esoterischen Denkens anhand eines Beispiels zu verdeutlichen. Beobachten wir den Zirkelschluss also einmal „in freier Wildbahn“, in der Archetypenlehre

des Freud-Schülers und Tiefenpsychologen Carl Gustav Jung. Jung bietet sich nicht nur deshalb an, weil er ein wichtiger Vordenker und „wissenschaftlicher Gewährsmann“ der heutigen Esoterikszene ist, sondern auch weil er immer noch eine gewisse Reputation als Wissenschaftler hat. Seine Mittlerstellung zwischen Wissenschaft und Esoterik hat auch den Vorteil, dass er im Gegensatz zu anderen Esoterikern nicht nur Behauptungen aufstellt, sondern auch versucht, diese sachlich zu begründen. Es ist aufschlussreich, in welche Widersprüche er sich dabei verwickelt.

Jung will den religiösen Vorstellungen mit Hilfe der Psychologie eine empirische Basis verschaffen und sie zugleich rechtfertigen, indem er sie in der Natur des Menschen, in einem mysteriösen „kollektiven Unterbewussten“ verankert. Basis der Religion sind Jung zufolge die Archetypen, „geistige Formen, deren Vorhandensein *nicht durch persönliche Erfahrung erklärt werden kann* und die urchümliche, *angeborene* und *ererbte* Formen des menschlichen Geistes darstellen“ (2). Diese symbolischen Formen“ treten u.a. spontan in Träumen auf. Jung verlegt also das „Göttliche“ in die Tiefen der menschlichen Psyche. Damit liefert er u.a. die theoretische Grundlage für die Vermischung unterschiedlichster religiöser Traditionen, einen Synkretismus, der für die heutige Esoterik typisch ist. Wie die meisten Esoteriker_innen glaubt Jung, eine ewige Wahrheit entdeckt zu haben, die bruchstückhaft in allen Religionen zu finden ist. Das Universum wird als Entäußerung *eines* göttlichen Geistes interpretiert. Das individuelle Bewusstsein ist ein Teil dieses „Geistes“. Eine reichlich konservative Weltsicht: Jung sieht den Menschen in eine ewige Ordnung der Welt eingebettet, die sein Handeln und Denken bestimmt.

Wenn der „Geist“ im Mittelpunkt der Welt steht, ist es nur logisch, alle Erscheinungen der Welt als bloße Zeichen zu betrachten, die auf diesen „ursprünglichen“ Geist zurückverweisen – als Archetypen eben. Der Wissenschaftler Jung verfällt einem vorwissenschaftlichen Denken,

er konstruiert einen symbolischen Kosmos, der sich nach dem Muster der *Analogie* strukturiert. In dem Vortrag „Das Irrationale gestern und heute“ (3) charakterisiert Umberto Eco die Logik dieses Weltbildes so: „Eine Pflanze wird nicht anhand ihrer morphologischen und funktionalen Eigentümlichkeiten definiert, sondern anhand ihrer Ähnlichkeit (...) mit einem anderen Teil des Kosmos. Ähnelt sie vage einem Teil des menschlichen Körpers, so hat sie Sinn, weil sie auf den Körper verweist. Aber der betreffende Teil des Körpers hat Sinn, weil er auf einen Stern verweist, und dieser hat Sinn, weil er auf eine Tonleiter verweist, und diese wiederum, weil sie auf eine Hierarchie von Engeln verweist, usw. *ad infinitum*.“

Während Jung in diesen endlosen Kreuz- und Querverweisen eine verborgene Wahrheit zu finden meint, benennt Eco die Konsequenz mit dankenswerter Klarheit: „Jedesmal, wenn man glaubt, ein Geheimnis aufgedeckt zu haben, ist es ein solches nur, wenn es auf ein anderes Geheimnis verweist, und das immer weiter bis zu einem letzten Geheimnis. (...) Das letzte Geheimnis (...) ist, dass alles Geheimnis ist.“ Ein solches Denken „verwandelt die ganze Bühne der Welt zum Sprachphänomen, und zugleich entzieht es der Sprache jede kommunikative Macht.“ Die ewige Wahrheit ist ziemlich nichtssagend, die Querverweise führen nirgends hin.

Jung reduziert die äußere materielle Realität nicht nur zum Hirngespinnst: Um die grundlegende Behauptung seiner Theorie plausibel zu machen, muss er die Außenwelt komplett ausblenden. Um behaupten zu können, dass die archetypischen Bilder „nicht durch persönliche Erfahrung erklärt werden“ können, also angeboren sein müssen, muss Jung die Existenz der Gesellschaft ebenso ignorieren wie den Fakt, dass Menschen miteinander *kommunizieren*.

Die viel näherliegende Möglichkeit, dass religiöse Vorstellungen (und Ideen überhaupt) nicht genetisch *vererbt*, sondern kulturell *tradiert* werden, will Jung nicht

sehen. Kritiker_innen hält er entgegen: „Sie versäumen (...) zu berücksichtigen, dass, wenn die Archetypen (...) vom Bewusstsein erworbene Vorstellungen wären, man sie selbstverständlich begreifen (...) würde, wenn sie in unserem Bewusstsein auftauchen. Ich kann mich sehr wohl aller jener erinnern, die mich, durch ihre eigenen Träume (...) befremdet, zu Rate zogen: Sie tappten hinsichtlich ihrer Bedeutung völlig im Dunkeln“, weil „die Träume Bilder enthielten, die auf nichts ihnen Erinnerliches zurückgeführt werden konnten.“ Kaum zu glauben. Schließlich wimmelt es in der schnöden Außenwelt geradezu von Archetypen. Ja, wie Jung selbst ein paar Seiten weiter erklärt, sind diese geradezu „allgegenwärtig“. Das Bild einer Schlange oder eines Baumes kann ebenso einen „Archetyp“ darstellen wie eine Mutter mit Kind – es ist sicher kein Wunder, dass solche Symbole in allen Kulturen (und ab und an auch in Träumen) auftauchen.

Noch absurder wird es, wenn Jung mit diesem theoretischen Instrumentarium politische Zeiterscheinungen angeht. So waren seiner Meinung nach nicht etwa die Nazis für das 3. Reich verantwortlich, sondern vielmehr ein Archetyp: der germanische Gott Wotan. Welche Motive diesen dabei trieben, bleibt leider unklar. Aber das kommt dabei raus, wenn mensch die Realität im Lichte „ewiger Wahrheiten“ interpretiert. Von einer wirklichen Analyse z.B. der Bedingungen, unter denen nationalistische oder antisemitische Ideologien entstehen und sich ausbreiten, ist man damit weit entfernt. Dass Jung selbst gelegentlich zu rassistischen und antisemitischen Ausfä-

len neigte,
ist ange-



sichts der seiner Theorie zugrundeliegenden biologischen Kurzschlüsse nicht verwunderlich (4).

Esoterische Nabelschau

Trotzdem hat Jungs Denken in der heutigen Esoterik Schule gemacht. Schauen wir uns die dabei wirkenden Faktoren mal etwas genauer an, die Widersprüche und Konflikte, auf die das esoterische Denken eine Antwort liefern soll. Denn trotz ihrer Berufung auf alte Traditionen ist die Esoterik ein sehr modernes Phänomen – erst unter den Bedingungen einer weitgehenden Säkularisierung, der Auflösung traditioneller Milieus und einer damit einhergehenden Pluralisierung der Religiosität wird die Idee einer in *allen* Religionen verborgenen Wahrheit überhaupt denkbar. Dass die Esoterik ein spezifisch modernes Phänomen ist, ist aber noch zu ungenau. Präziser gesagt ist die Esoterik die Religiosität der postfordistischen Marktwirtschaft, sie hat ihre besondere Form erst nach dem 2. Weltkrieg annehmen können.

Auch wenn sie ihre weltanschaulichen Vorläufer im Okkultismus des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhunderts hat, so beruht sie doch auf einer viel breiteren sozialen Basis als dieser, der weitgehend eine Sache des gehobenen Bürgertums und des Adels war. (Die Angehörigen anderer Schichten waren damals viel zu sehr damit beschäftigt, ihr Auskommen zu sichern, um sich diesen Luxus der Kommunikation mit „höheren Mächten“ leisten zu können.) Erst die sozialstaatlich gestützte Ausweitung des Konsumsektors in der fordistischen Wirtschaft der Nachkriegsjahre, die dadurch wachsende Rolle der Freizeit als Ort der Identitätsfindung und die damit einhergehende wachsende Bedeutung postmaterialistischer Einstellungen schuf die Bedingungen für eine weitere Ausbreitung des esoterischen Denkens. Diese Veränderung ihrer sozialen Basis hatte auch Auswirkungen auf die theoretische und praktische Ausprägung der heutigen Esoterik.

Was die Esoterik von älteren Formen der Religiosität unterscheidet, ist die Bedeutung, die sie dem einzelnen Individuum und dem „Selbst“ zuweist. Galt im Chris-

tentum noch das Credo „Außerhalb der Kirche gibt es kein Heil“, war dort also die Mitgliedschaft im Verein der Gläubigen entscheidend, ist die Suche nach dem Seelenheil heute zur Privatsache geworden. Die Gruppenzugehörigkeit verliert an Bedeutung, die Religiosität wird zunehmend „Ich-zentriert“. Damit entsteht eine „patchwork-Religion“, die je nach Belieben zusammengeschustert wird.

Darin teilt sich keine ewige Wahrheit mit, sondern eher die subjektive Befindlichkeit des modernen Individuums, des den Zufällen des Marktes ausgesetzten Konkurrenzsubjekts. Die Tendenz zur Individualisierung war dem Prozess der kapitalistischen Modernisierung von Anfang an zu eigen. Mehr noch ist das „Individuum“ geradezu eine Erfindung der Moderne. Als seine erste theoretische Darstellung lässt sich Descartes' reines Vernunftsubjekt sehen, das nach dem Motto „Ich denke, also bin ich“ nur die eigene Existenz zweifelsfrei gelten lässt. Die Leibniz'sche „Monade“ gehört ebenso in diese philosophische Traditionslinie wie Adam Smiths Vorstellung einer Gesellschaft von freien Marktsubjekten, die in Konkurrenz miteinander und in der Verfolgung ihres egoistischen Eigeninteresses bestmöglich das Allgemeinwohl fördern. Marx und Engels haben bei Gelegenheit sehr richtig auf den illusorischen Charakter der liberalen Theorie hingewiesen: „Das egoistische Individuum der bürgerlichen Gesellschaft mag sich in seiner (...) Vorstellung (...) zum *Atom* aufblähen, d.h. zu einem beziehungslosen, selbstgenügsamen, bedürfnislosen (...) Wesen. Die unselige *sinnliche Wirklichkeit* kümmert sich nicht um seine Einbildung“, gerade die Loslösung des Individuums aus der traditionellen Großfamilie, die Befreiung aus der Leibeigenschaft und der feudalen Ständeordnung schafft die Bedingungen für den Siegeszug des Kapitalismus, der das Individuum nun dem unpersönlichen Zwang des Marktes unterwirft (5).

Möge die Macht mit euch sein

Die Angebote der Esoterik entsprechen perfekt dem Bedürfnis, trotz aller aus dieser Unterwerfung unter die Marktgesetze

folgender Unsicherheiten an der Illusion festzuhalten, man hätte alles unter Kontrolle. Dass diese Angebote auf eine entsprechende Nachfrage treffen, ist nicht zuletzt eine Folge des vorläufigen Scheiterns des Versuches, durch solidarisches Handeln reale Veränderungen zu erreichen, insbesondere also der gescheiterten Revolte von 1968. Ebenso fällt der große Esoterik-Boom, der Ende der 70er Jahre einsetzte, wohl nicht ganz zufällig zeitlich mit dem Übergang zum Postfordismus zusammen. Mit dem damals einsetzenden Niedergang der Schwerindustrie (dank der billigeren Konkurrenz aus Fernost) verschwindet auch der industrielle „Massenarbeiter“. Die Dynamik des Marktes untergräbt auch die Fundamente, auf die sie sich ursprünglich stützte. Gegenüber der Schwerindustrie gewinnen andere Bereiche, Mikroelektronik und Dienstleistungen an Bedeutung. Das hat auch Auswirkungen auf andere Lebensbereiche. So verliert die bürgerliche Kleinfamilie als normatives Modell zunehmend an Bedeutung. Aus der wachsenden Pluralisierung und Segmentierung des Arbeitsmarktes und der privaten Lebenswelten folgt ein Verlust tradierter Orientierungen, den damit stetig anwachsenden Entscheidungsmöglichkeiten und -zwängen entspricht ein ebensolches Wachstum realer und vermeintlicher Lebensrisiken.

Die Esoterik ist ein Mittel, diese Risiken vermeintlich handhabbar zu machen, indem der realen Ohnmacht eine imaginäre Allmacht entgegengestellt wird. Das entsprechende Denkmuster lässt sich etwa so zusammenfassen: Die menschliche Seele ist Teil einer geistigen „kosmischen Energie“. Da er so einen direkten Draht zum „Göttlichen“ hat, kann der Mensch dessen Wesen, die Regeln dieser ewigen Ordnung des Kosmos direkt erfassen – nicht mittels des Verstandes, sondern durch intuitive unmittelbare Erkenntnis. Indem er sich dieser Ordnung unterwirft, wird er selbst der göttlichen Macht teilhaftig, die Vereinzelung ist aufgehoben, die Kontrolle über das eigene Schicksal wiederhergestellt.

Diese Denkfigur lässt sich in unzähligen Varianten wiederfinden. Während die Satanist_innen der *Church Of Satan* in

sozialdarwinistischer Manier die Regeln der kapitalistischen Ökonomie verinnerlicht haben und sich als auserwählte Elite im „Kampf aller gegen alle“ imaginieren, leugnen andere schlicht die äußere Realität. Eine populäre Variante dieser Strategie ist das *Positive Denken*, wie es von Dale Carnegie und ähnlichen Autor_innen propagiert wird. Es geht dabei nicht um simplen Optimismus. Auch hier steht im Hintergrund die Idee einer jenseitigen Macht, die durch die Kraft der Gedanken beeinflusst wird: „Alles wird gut, wenn du nur fest genug dran glaubst.“ Orakeltechniken wie Tarot, Pendeln, Astrologie oder das fernöstliche *I Ging* versprechen Sicherheit, indem sie scheinbar die Folgen möglicher Entscheidungen voraussagen, während magische Praktiken die Ergebnisse selbst zu beeinflussen versprechen. Man könnte darin auch ein Symptom enormer Orientierungslosigkeit sehen.

In dem Maße, in dem esoterische Praktiken und Denkmuster sich verbreiten, ist auch eine Abkopplung von einem entsprechenden Milieu zu beobachten. Die Praktiken individualisieren sich, Esoterik entwickelt sich mehr und mehr zur „Klientenreligion“. Entsprechend der bewährten Verfahrensweise der kapitalistischen Ökonomie, auch aus der Beseitigung der von ihr selbst angerichteten Schäden noch Profit zu schlagen, boomen die psychologischen Hilfsangebote. Dabei geht es oft weniger um die Linderung konkreter psychischer Leiden, vielmehr wird (ähnlich wie bei Jung) die Psychologie selbst zum Religionsersatz, indem sie z.B. eine „ganzheitliche“, umfassende Entwicklung der Persönlichkeit und ähnliche Hilfestellungen bei der Sinnsuche verspricht.

Wie anhand der Jungschen Theorie schon gezeigt (Wotan und die Nazis!), führt die Ignoranz des esoterischen Denkens gegenüber gesellschaftlichen Strukturen und den sich aus diesen ergebenden Sachzwängen mit schöner Logik zur Verschwörungstheorie. Die Idee einer im Hintergrund wirkenden bösen Macht kann dabei in relativ „rationalistischen“ Varianten (das Böse als eine Gruppe von Menschen, Freimaurer, Illuminaten, Juden usw.) auftreten, aber auch geradezu kosmische Ausmaße annehmen. Die Übergänge sind flie-

ßend. So landet der Autor William C. Gray am Ende eines Buches über magische Praktiken (6) bei der Vision einer kosmischen Schlacht, in der die Mächte der Ordnung mit den Mächten des Chaos kämpfen. Das Wirken der letzteren findet Gray in allerlei irdischen Erscheinungen (von der modernen Kunst bis zur Atombombe) wieder. Der bei Neonazis und Esoterikfans beliebte Jan Udo Holey (siehe auch S. 5) dagegen weitet im Laufe seines dreibändigen Machwerks „Geheimgesellschaften“ die Verschwörung der anfangs noch recht menschlich anmutenden „Illuminaten“ (die Holey recht unverhohlen mit den Juden identifiziert) in immer gigantischere Dimensionen aus. Auch die Idee einer im Geheimen wirkenden feindlichen Macht dient in scheinbar paradoxer Weise der Bewältigung von Ängsten. Das „allmächtige Selbst“ nimmt hier die Gestalt des „Eingeweihten“ an, der die Lügengespinste der Weltverschwörer durchschaut. Die Verschwörungstheorie schafft Orientierung, indem sie *eine* Ursache für alle Probleme annimmt und die Welt sauber in ein dualistisches „Gut-böse“-Schema sortiert. Sie liefert so eine irrationale Antwort auf sehr reale Ängste. Wirkliche Kritik z.B. der Marktgesetze dagegen würde ja gerade die eigene „Markttauglichkeit“ gefährden. Die Beschäftigung mit der Herkunft bestimmter Ängste scheitert oft daran, dass diese durch das Infragestellen der gesellschaftlichen „Normalität“ noch verstärkt werden. Die Angst davor, von der Gesellschaft als „überflüssig“ aussortiert zu werden, treibt zur Konformität, wird handhabbar gemacht, indem man sich zumindest symbolisch der eigenen Zugehörigkeit versichert. Durch das Konstruieren einer „fremden“, von außen kommenden Macht lassen sich die negativen Folgen der kapitalistischen Ökonomie scheinbar erklären, ohne sich in Opposition zu den realen Verhältnissen zu stellen (7).

Gerade in ihrer inhaltlichen Beliebigkeit, ihrer scheinbaren Abkoppelung von jeglicher äußeren Realität ist die Esoterik also ein sehr sensibler Seismograph sozialer Widersprüche. Dass dabei auch rassistische und antisemitische Denkmuster



oder antiquierte Geschlechterrollen reproduziert werden, ist nicht verwunderlich. In der „Offenbarung“, der „Intuition“ als vermeintlich unmittelbarer Form der Erkenntnis tauchen die unhinterfragt übernommenen gesellschaftlichen „Selbstverständlichkeiten“ wieder auf. Ganz intuitiv kann man so z.B. zu der furchtbar tiefgreifenden Erkenntnis kommen, das „Schwule“ eben doch irgendwie abartig oder Frauen „von Natur aus“ anders als Männer seien. Dass sie ein Teil dieser Gesellschaft sind, ist den Esoteriker_innen nicht vorzuwerfen – wohl aber, dass sie sich mit dem freiwilligen Verzicht auf den Verstand als Werkzeug kritischen Denkens dümmer machen, als sie sein müssten. Illusionen mögen vielleicht entlastend wirken, *helfen* tun sie sicher nicht, wenn es darum geht, reale Probleme zu lösen.

justus

(1) siehe Norman Cohn, „Die Erwartung der Endzeit - Vom Ursprung der Apokalypse“, Insel Verlag, Frankfurt 1997.

(2) alle Zitate soweit nicht anders angezeigt aus C.G. Jung, „Symbole und Traumdeutung“, in „Traum und Traumdeutung“, Deutscher Taschenbuchverlag 2001, Seite 50 -59, Hervorhebungen von mir.

(3) zu finden in Umberto Eco, „Im Labyrinth der Vernunft“, Reclam Leipzig 1999, S. 376-390.

(4) siehe Micha Brumlik, „C.G. Jung zur Einführung“, Junius Verlag 1993, S. 44 bzw. 126.

(5) Karl Marx/Friedrich Engels, „Die Heilige Familie - Kritik der kritischen Kritik“, in MEW Bd. 2, Dietz Verlag Berlin, 1976. Siehe dazu auch Gabriel Kuhn, „Jenseits von Individuum und Staat - Individualität und autonome Politik“, Unrast 2007.

(6) William C. Gray, „Magie. Das Praxisbuch der magischen Rituale“, Goldmann Verlag, München 1994.

(7) siehe z.B. Gugenberger/Schweidlenka/Petri, „Weltverschwörungstheorien. Die neue Gefahr von rechts“, Deuticke Verlag Wien/München 1998.

„Militante Gruppe (mg) aufgelöst!“

So oder so ähnlich jubilierte die bürgerliche Presse ob der letzten Zuwortmeldung der Gruppe in der aktuellen *radikal* #161. Konnte man dort doch den Satz lesen: „Wir lösen uns heute und hier mit diesem Beitrag als (mg) auf! Von nun an ist die (mg) in die Widerstandsgeschichte der revolutionären Linke in der BRD eingegangen. Es gibt von nun an nur noch eine ex-(mg).“ Recht einleuchtend für die frohlockende Journaille, die dabei jedoch übersah, dass die Gruppe gleichzeitig von einem „scheinbaren Widerspruch“ schrieb, der sich hinter dieser Formulierung verberge. Die Nichtidentität der Identität der *mg* ist nämlich: die *ex-mg*!

Im Rückspiegel: 2001 war die *militante gruppe* erstmalig in Erscheinung getreten. Im Zusammenhang mit der Debatte um die NS-Zwangsarbeiterentschädigungen hatte sie scharfe Patronen per Post an die führenden Vertreter (Gibowski, Gentz und Lamsdorff) der Stiftungsinitiative *Erinnerung, Verantwortung, Zukunft* der deutschen Wirtschaft verschickt, die sich für einen Klagestopp und finanziellen Schlußstrich einsetzte. Das dazugehörige Bekennungs- und Erläuterungsschreiben wurde in der *interim* #529 veröffentlicht. Darin heißt es: „Unsere Aufgabe als linksradikale AktivistInnen ist es, den Akteuren dieser perfiden Politik ihre Selbstzufriedenheit und Selbstsicherheit zu nehmen.“, und weiter unten: „Wir müssen die Ebene der reinen Proklamation von ‚revolutionären Ansprüchen‘ verlassen, wenn unsere militante Politik zu einem wirkungsvollen Faktor in der Konfrontation bspw. mit der

Stiftungsinitiative werden soll.“ (1) Seitdem gingen bis zum 26.02.2009 zwischen 30 und 40 „militante Angriffe“ auf das Konto der *mg*. Brandanschläge auf Bundeswehrfahrzeuge und Polizeikraftwagen, Sozial-, Arbeits- und Finanzämter, auf eine LIDL-Geschäftsstelle, auf das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)* und einiges mehr. Die Aktionen waren immer gut geplant und richteten sich nach aktuellen politischen Themen, nie kam ein Mensch zu Schaden und immer veröffentlichte die *mg* ausführliche Erklärungen zu den Aktionen. Doch auch die Gegenseite schlief nicht. Schon 2001 leitete die *Generalbundesanwaltschaft* ein BKA-Ermittlungsverfahren gegen die Gruppe ein, das sich bis zuletzt zu einer fieberhaften bundesweiten Fahndung nach Mitgliedern des klandestinen Zusammenhangs um die *mg* erweiterte. Der Vorwurf: „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ nach §129a StGB. Bisher konnte jedoch kein Mitglied der *mg* beweiskräftig überführt werden. Von den insgesamt mindestens vier Verfahren läuft derzeit offiziell nur noch eines. Die drei festgenommenen Personen, die 2007 in Brandenburg (Havel) beim Brandsatzlegen unter einen Bundeswehr-LKW beobachtet worden sein sollen und aktuell vor Gericht stehen (2), gehören aber nach Angaben der *mg* nicht zu ihrem Organisationszusammenhang. Dort frotzelt man eher über die verkrampften Bemühungen der Bundesbehörden, den drei AktivistInnen der antimilitaristischen Szene die Mitgliedschaft in der *militanten gruppe* unterschieben zu wollen, denn „... dann wäre unser Verständnis (der *mg*) von politischer Gefangenschaft und einer offensiven politischen Prozessführung als revolutionäre KommunistInnen für alle Interessierten unverkennbar und unüberhörbar zum Ausdruck gekommen.“

Solche Drohungen klingen dann doch etwas hohl, zumal sie aus dem oben erwähnten Auflösungspapier stammen. Scheinbar ein weiterer Widerspruch? Nicht unbedingt, denn das Ende der *mg*, bedeu-

tet ja den Anfang der *ex-mg*, wie wir von den dialektikenden GenossInnen lernen. Diese jedoch wollen in Zukunft weniger militant auftreten. Die Gruppe begründet diese Abkehr mit einem langen Prozeß der Selbstkritik und internen Spannungen. Das Ziel des Aufbaues eines Netzwerkes militanter Kerne hätte man verfehlt. Außerdem ist wohl auch die mangelnde Basis in der sozialen Klasse, für deren Interessen man ja kämpferisch antreten wollte, augenscheinlich geworden. Zwar könne man militante Aktionen aus der Spontanität und einer gewissen revolutionären Ungeduld begründen, als politische Mittel würden solche Aktionen aber nur dann wirkungsvoll sein, wenn sie mit den Interessen einer breiteren politischen Bewegung auch organisatorisch zusammentreffen. Demnach wolle die *ex-mg* ihr Gewicht nach dem Vorbild der italienischen *Kommunistischen Partei politisch-militärisch (PC p-m)* stärker auf Fragen des Politisch-Organisatorischen verschieben, also versuchen „... aus der Enge der Fragestellung um Militanz herauszukommen, d.h. die Ebene eines ‚militanten Reformismus‘ bzw. ‚Militantismus‘ zu verlassen und eine Debatte um eine klassenspezifisch-proletarische Organisation und eine daraus resultierende Organisation aufzunehmen.“ Fast ist mensch versucht zu spotten: Willkommen im 21. Jahrhundert! Aber so modern fallen die Einlassungen der *mg/ex-mg* zur Organisationsfrage dann doch nicht aus. Es wird über die Notwendigkeiten der „Partei-Form“ fabuliert, eine Menge Marx, Marcuse, Lukacs, Lenin und auch Mao zitiert. Und am Ende stellt man fest, die *ex-mg* steht wirklich am Anfang. Zwar „... ausgestattet mit einem umfangreichen inhaltlich-ideologischem Rüstzeug (inklusive aller Widersprüche und Leerstellen), einer langen Kette von militanten Aktionserfahrungen und verschiedenen organisatorischen Versuchen des Strukturaufbaus und der entsprechenden reproduktiven Absicherung“, aber inhaltlich zu deutlich verstrickt in die theoretisch-abstrakten Fragestellungen eines untergegangenen Jahrhunderts und zu wenig konkret hinsichtlich erfolgsversprechenden eman-



zipatorischen Organisationsmodellen. Das Gerede von der Parteiform, die den innersten Kern einer Bewegung zusammenhalten soll, verkleistert dabei nur den klaren Blick auf ihre aktuellen Organisationsprobleme. Es ist ein ideologischer Anarchismus, um die enorme Spannung und Entfernung zur Blütezeit der kommunistischen Bewegung vor 90 Jahren überhaupt auszuhalten. Ein Blick auf die politische Kultur und Geschichte der „Partei“ jedoch genügt, um eine „Partei-Form“ prinzipiell in Frage zu stellen. Dies ist ein verteidigungswertes Erbe schon des frühen Anarchismus. Wenn die *ex-mg* sich nach eigenen Worten also zwischen Kommunismus und Anarchismus ernsthaft positionieren will, ist den Genoss_innen nach der vorgezogenen Lektion in Sachen Aktionismus nun dringend auch eine Portion Organisations- und Herrschaftskritik anzuraten.

Zum Schluß: Dass mensch als *militante gruppe* zu einseitig auf militante Aktionen setzte, war unüberlegt, voreilig, aber verständlich bei der Wut, dem Unmut und der Resignation, die mensch zuweilen verspürt. Sich selbstkritisch zu besinnen, aus den Erfahrungen zu lernen und „quicklebendig“ weitermachen zu wollen, ist gut und das Bemühen um Fragen der Organisation richtig. Denn inwieweit gelangt mensch über eine offene und transparente, partizipatorische und dezentrale Organisation zu subversiven und im letzten Schritt auch militanten Aktionen, um effektiv gemeinsame Ziele zu erreichen? Die Perspektive einer gesellschaftlichen Veränderung im besten anarcho-kommunistischen Sinne hängt von dieser Frage ab. Bleibt also zu hoffen, dass sich die Genoss_innen der *ex-mg* auf diesem neuen Terrain ebenso hartnäckig schlagen werden, wie die Genoss_innen der *mg* es auf dem Terrain der Militanz taten. Die *mg* ist tot, es lebe die *ex-mg*!

(clov)

(1) Die gesamte Stellungnahme unter: <https://mirror.so36.net/home.arcor.de/dokumentationX/>

(2) siehe hierzu auch FA!#27, *Wie bilde ich eine terroristische Vereinigung?*, Seite 1/22-24) Alle anderen Zitate aus dem in der *radikal* #161 veröffentlichten Interview mit der *mg*. U.a. hier nachzulesen: www.einstellung.so36.net

Fortsetzung von Seite 3

(...) Durch die Abschaffung des Konsensprinzips könne es zu Übertragung von „Kompetenz-Kompetenz“ kommen, spricht zu einer nachträglichen Veränderung der Vertragsbasis ohne die jeweilige Zustimmung jedes Mitgliedsstaates. Deshalb sei es erforderlich, sich als Vertragspartner aktiv über die diversen Einspruchsrechte einzubringen. Dafür wiederum können in der Bundesrepublik nach Ansicht der Richter_innen, nur die demokratischen Organe Bundestag und Bundesrat in Frage kommen. Das *Bundesverfassungsgericht* leitet also aus dem europäischen Demokratiedefizit und der Gefahr der Kompetenz-Kompetenz-Übertragung eine erhöhte Aktivität der hiezulande gewählten Vertreter ab. Das bereits verabschiedete Zustimmungsgesetz und die dazugehörigen Begleitgesetze, die das deutsche Recht an den neuen Vertrag anpassen sollten, erklärt es gar für nichtig, weil sie diesen weitreichenden Aufgaben nicht gerecht würden.

Am Ende des ellenlangen Urteilstextes gelangt man schließlich zu der Einsicht, dass die obersten Verfassungsrichter_innen keineswegs zu den Europa-Euphorikern zählen. Stattdessen nutzte das Gericht die Gelegenheit um klarzustellen, dass es sich in seiner Zuständigkeit nicht so einfach beschneiden lasse und im Rahmen der Wahrung der „Verfassungsidentität“ den deutschen Volkssouverän auch weiterhin gegen jede fremde Einflußnahme verteidigen werde. Der implizite Vorwurf an Bundestag und -rat, diese Aufgabe durch die schlecht gearbeiteten Zustimmungs- und Begleitgesetze zu vernachlässigen, ist offensichtlich, wiederum. Und die Bundesregierung muss nachsitzen, wiederum. Es wurde auch schon eine Sitzung Ende August, inmitten des großen Wahlschattens, anberaumt. Am Ende wird mehr Bürokratie und Arbeit für die Parlamentarier_innen stehen und die Erkenntnis, dass die konservative deutsche Richterschaft auch in Zukunft darüber wachen wird, dass die Verhältnisse in Deutschland bleiben, wie sie sind. Mehr noch, den politischen Vertretern droht ein juristischer Nackenschlag, sollten sie allzu forsch die nationalstaatliche

Schwarzseher in roten Roben

Basis untergraben. Wie es indes in der Vorstellungswelt dieses Gerichtes widerspruchlos zusammenpasst, dass eine nicht durch freie und gleiche Wahlen legitimierte, sondern völlig intransparent ernannte Judikative (2) gleichzeitig dem Souverän in der Form seiner legitimierten Volksvertreter_innen die Verhältnisse diktieren kann - diesen demokratietheoretischen Widerspruch halten die Verfassungspatrioten locker aus. Wer fragt schon nach dem Zustandekommen der Macht, wenn man sie erstmal hat. Da sind sich dann selbst die feinsinnigen Jurist_innen nicht zu schade, einem ganz gewöhnlichen Nationalismus das Wort zu reden. Und mensch fragt sich, ob die Herren und Damen Zustandsbewahrer unter ihren vor Patriotismus rotgülden schimmernden Roben noch immer das mehr als 150 Jahre alte, muffig deutsch-preußische Korsett tragen. Von dieser staatlichen Institution deshalb eine substanzielle Veränderung der deutschen Zustände zu erwarten, ist nicht nur eine idealistische Illusion, es ist geradezu blauäugig. Im Gegenteil: Wer hiezulande wirklich etwas bewegen will, wird sich auf kurz oder lang dem *Bundesverfassungsgericht* gegenüber sehen, bereit den angeblichen und völlig abstrakten Volkssouverän noch gegen jede_n einzelne_n Bürger_in auszuspielen. Zumindest das lernen wir aus Europa: Wer diese deutschen Richter_innen wählen will, wird die Reaktion ernten.

(clov)

(1) Der Vertrag ist die mittlerweile dritte modifizierte Version des ursprünglichen „Vertrages für eine Verfassung für Europa“ – der bekanntlich 2005 durch die negativen Ergebnisse der Volksbefragungen in Frankreich und in den Niederlanden scheiterte – und soll die schon 2000 beschlossenen Übergangsverträge von Nizza endlich ersetzen.

(2) Die Verfassungsrichter_innen werden für 12 Jahre abwechselnd von Bundestag und Bundesrat ernannt. *SPD* und *CDU* einigen sich seit Anbeginn der Bundesrepublik in geheimen Absprachen über die jeweilige Ernennung. Erstmals gelang es einer kleinen Partei (*GRÜNE/Bündnis 90*) 2001 über eine Koalitionsab-sprache mit der *SPD* einen eigenen Verfassungsrichter zu bestimmen.

Das ganze Urteil unter: www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/es20090630_2bve000208.html

Tod der Diktatur!

Zur Situation im Iran

Die Protestbewegung im Iran hat einiges ins Wackeln gebracht. Die Anzeichen, dass ein grundlegender Wandel bevorsteht, verdichten sich. Längst wird unter gebildeten Iraner_innen mehr oder weniger offen über Repression, die Verweigerung bürgerlicher Freiheiten und die außenpolitische Isolation des Landes diskutiert. Die Bewegung stellt in vielen Bereichen die bislang in der „islamischen Republik“ herrschenden Verhältnisse in Frage.

Die Unzufriedenen

Obwohl auch Frauen im iranischen Parlament sitzen (allein aus dem Grund, weil die heutigen Machthaber auf ihre aktive Unterstützung bei der Revolution '79 angewiesen waren), hat sich die rechtliche Lage verschlechtert. Kenner der Lage sprechen häufig von Geschlechterapartheid. So dürfen Frauen bspw. nicht einmal Fahrrad fahren. Bereits kurz nach der Vertreibung des Schahs und der Machtübernahme durch die islamische Republik unter Führung Khomeinis vor 30 Jahren gab es erste Demonstrationen gegen den Schleierzwang.

Realpolitische Erfolge gegen die diskriminierende Gesetzgebung des Regimes kann die Frauenbewegung zwar nicht vorweisen, doch konnten Aktivistinnen z.B. Steinigungen verhindern, über Folter sowie Arbeitsverhältnisse der Frauen aufklären und diese bei Scheidungen unterstützen. Außerdem wuchsen sie, besonders durch staatliche Repression, zu einer der zahlenmäßig stärksten Oppositionsgruppen an. Sie konnten das Thema Frauenrechte in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen. Bei den aktuellen Protesten sind sie deshalb auf gleicher Augenhöhe mit den männlichen Regimegegnern. Nicht zufällig wurde die bei den Demonstrationen ermordete Studentin Neda Aghasoltan zur Symbolfigur des Protestes gegen das islamistische Regime.

Anlass für die Proteste waren zwar die Wahlen im Juni, aber die wichtigsten Beweggründe sind die Unterdrückung der Frauen, verbunden mit der Pressezensur,

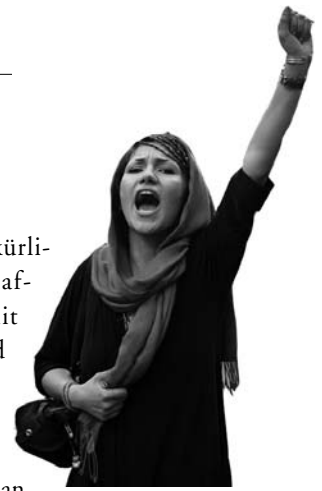
der Einschränkung des kulturellen Lebens, der Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten mit Armut, Inflation und sozialer Unsicherheit sowie der politischen Ohnmacht.

Inzwischen haben die Proteste flexible Aktionsformen angenommen, statt nur noch Massendemonstrationen gibt es vermehrt kleinere, dezentrale Blockaden, die für die Machthaber nicht mehr so leicht kontrollierbar sind und daher meist nur wenige Verhaftungen nach sich zogen. Eine Stärke der Bewegung ist einerseits ihre Vielfältigkeit – Religiöse und Nichtreligiöse, Junge und Alte, Frauen und Männer – andererseits der gemeinsame Gegner, das erstarrte Regime. Bisher ist die Bewegung vor allem auf die Großstädte begrenzt. In den ländlicheren Regionen ist es dagegen bisher eher ruhig geblieben, denn dort haben die Menschen größere Angst vor Repression, da sie leichter identifizierbar sind – in den Minderheitenregionen (lediglich 58% der Bevölkerung haben Persisch als Muttersprache (1)) wie beispielsweise den Kurdengebieten im Westen des Landes, ist außerdem die Militärpräsenz sehr stark.

Die moderne Jugend

Was die aktuellen Aufstände für Ergebnisse bringen werden, hängt zum größten Teil davon ab, wie das politische Lager in den kommenden Wochen und Monaten reagieren wird. Viele Iraner_innen vergleichen die massiven Proteste mit dem Ausbruch eines Vulkans. Die Frage wäre also nicht *ob*, sondern wann und wie sie das Regime zum Kollabieren bringen werden. Dass das gegenwärtige System selbst in Ansätzen nicht reformierbar ist, hat die junge Generation von Iraner_innen (der Großteil der Bevölkerung ist jünger als 30 Jahre) auf die harte Tour lernen müssen. Nicht nur, dass die reformistischen Ansätze von Politikern wie Mohammed Chatami aufgrund der alles überragenden Machtposition des seit 1989 amtierenden geistlichen Führers Ajatollah Chamenei ins Leere liefen, in den letzten 20 Jahren wurden auch alle Protestaktionen mit brutaler Repression beantwortet. Auch heute

sind willkürliche Verhaftungen mit Folter und Ermordung von Systemkritiker_innen an



der Tagesordnung. Die soziale Bewegung konnte dadurch zwar im Wachstum behindert, aber nicht zerschlagen werden. Somit sieht sich die iranische Führung momentan mit sehr bunten und vielfältigen Gruppen und Protestformen konfrontiert. Denn trotz aller Einschüchterungsversuche lassen sich weite Teile der Bevölkerung nicht zwingen, sich mit der theokratischen Staatsideologie zu identifizieren.

Zu großen Teilen werden die Proteste von Jugendlichen getragen, die zuvor nicht politisch aktiv waren, aber sich durch die Lebensverhältnisse im Iran eingengt fühlen. Umso mehr, als das Internet und die damit einhergehenden Möglichkeiten der globalen Kommunikation und Vernetzung den Blick über den Tellerrand drastisch vereinfacht hat. Die westliche Wahrnehmung der Vorgänge in der islamischen Republik speist sich fast ausschließlich aus *Twitter*-Meldungen, *YouTube*-Videos und *Facebook*-Einträgen. Dies zeigt zum einen, dass sich unter den Regimegegnern viele junge und formal gebildete Menschen befinden, zum anderen, wie wenig sie der Repressionsdruck der Überwachungsorgane zu beeindrucken vermag. Immerhin werden infolge der ersten Verhaftungswellen zumeist die Gesichter der Protestierenden unkenntlich gemacht. Auch im Iran selbst ist die Informationslage unübersichtlich, die Regierung lässt gezielt unliebsame Journalist_innen und Aktivist_innen verhaften oder verschwinden und nutzt die unter anderem von *Nokia Siemens Networks (MSN)* gelieferte Technik zur Kontrolle der Kommunikation(2).

Reformer und Revolutionäre

Die iranischen Blogger_innen, Intellektu-

ellen, Menschenrechtler_innen und sonstigen Demonstrationsunterstützer_innen, ebenso wie die exiliranischen Organisationen sind sich weitgehend einig, dass das herrschende System dem Untergang geweiht ist. Das sicherste Zeichen dafür ist, dass die Menschen die Angst und den Respekt vor dem Regime verlieren. Als vor allem in den Großstädten Hunderttausende auf die Straßen gingen, skandierten sie im Überschwang der Gefühle Parolen wie „Tod dem Diktator“ und „Tod Dir!“, die sowohl auf den Präsidenten Ahmadinedschad als auch auf den geistlichen Führer Ajatollah Chamenei gemünzt waren und brachen damit ein Tabu. Offene Kritik am geistigen und faktischen Staatsoberhaupt galt bislang als kürzester Weg zur umgehenden Hinrichtung.

Die Reaktionen der iranischen Führungselite dagegen sind von Planlosigkeit und ersten Anzeichen von Panik gekennzeichnet. Große Geldsummen werden ins Ausland verschoben, auch der Umgang mit Verhafteten ist ein Indiz für die um sich greifende Unsicherheit: Schwiegen sich die Behörden zunächst noch über die Anzahl und Identitäten der Inhaftierten aus, wurden die Namen später doch noch veröffentlicht. Am 28. Juli schließlich wurden auf Anordnung des obersten Rechtsgelehrten Chamenei die meisten Insassen_innen eines Gefängnisses, wo es zu massiven Misshandlungen und Vergewaltigungen gekommen war, gegen Zahlung einer Kaution entlassen, dieses soll nun geschlossen werden. Auch einige Beamte der Sicherheitsapparate wurden ohne Angabe von Gründen ausgetauscht. Interessant ist, dass sich viele Ajatollahs, Mullahs und Parlamentarier, die in Opposition zu Ahmadinedschad stehen, entweder vollständig aus der Öffentlichkeit zurückgezogen haben oder sich zumindest vorsichtig zugunsten der empörten Masse aussprechen. Aus Protest gehen Ajatollahs ins Exil, ins irakische Nadschaf, die zweite wichtige Stadt der shiitischen Geistlichen neben Qom.

Die iranische Machtelite ist in konkurrierende Clans gespalten, die sich am ehesten mit Mafiosifamilien vergleichen lassen. Wer Schwäche zeigt, indem er von seinen Forderungen auch nur ein Stück

zurückweicht, begeht damit zugleich politischen Selbstmord. Das patriarchalische System stützt sich seit Beginn der islamischen Republik auf Korruption und Günstlingswirtschaft. Dessen sind sich auch die Iraner_innen bewußt.

Die Diskussion wird vor allem von zwei Gruppen geprägt. Da ist zum einen der radikale Diskurs, der in der Frauen-, Studierenden- und Arbeiter_innenbewegung weit verbreitet ist. Diese fordern, dass die Bevölkerung an allen Entscheidungen teilhaben muss, soziale und politische Gleichberechtigung und die Unabhängigkeit des Landes von fremden Interessen. Vor allem die Frauenbewegung vertritt, ausgehend von der Kritik an der patriarchalen Herrschaft, stark antiautoritäre Positionen. Durch die Repression haben diese Bewegungen bis jetzt keine größeren Organisationsstrukturen bilden können – Gewerkschaften z.B. sind im Iran verboten. Dies führt auch dazu, dass der radikale Teil des Protestbewegung weniger beachtet wird als die sogenannten Reformer. Da einige von diesen selbst Teil des Machtapparats sind, haben sie auch Zugang zu den Medien. Die „Reformer“ vertreten vor allem liberale Positionen, wie sie auch von vielen iranischen Intellektuellen, Schriftsteller_innen, Journalist_innen, Wirtschaftswissenschaftler_innen usw. geteilt werden. Sie wollen die iranische Wirtschaft modernisieren, das Land nach außen öffnen, ein Mehrparteien-System nach westlichem Vorbild einrichten, Staat und Religion trennen – wobei es unterschiedliche Meinungen gibt, wie weit die Trennung gehen soll. Sie machen vor allem die Mißwirtschaft und Korruption der Regierung und der mit dieser verbundenen Machtcliquen für die Armut im Land verantwortlich – eine normal funktionierende kapitalistische Wirtschaft würde ihrer Meinung nach diese Mißstände beseitigen. Ähnliche Positionen werden auch von einigen – von den USA und der EU finanziell unterstützten – exiliranischen Gruppen und über die persischsprachigen Sender von *BBC*, *Deutscher Welle* oder *Voice Of America* propagiert.

Das Verhältnis zwischen diesen Fraktionen und den „Aushängeschildern“ des

Protestes, wie den bei der Wahl gescheiterten Kandidaten Charrubi und Mussawi ist widersprüchlich. Charrubi und Mussawi können, da sie Teil des Apparates sind, Kritik an der Regierung üben und den Protestierenden einen gewissen Schutz bieten. Gleichzeitig versuchen sie, den Protest für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Die Liberalen haben derzeit die Oberhand in der Bewegung, aber auch Angst davor, dass der Protest sich weiter radikalieren könnte. Wenn das geschieht, könnten die Gegensätze unter den Protestierenden, die zur Zeit durch die gemeinsame Opposition gegen das Regime überdeckt werden, in den Vordergrund treten. So weit könnte es schon bald kommen, denn obwohl die Repression zunehmend brutaler wird, ist nicht zu übersehen, dass das Regime die Kontrolle über die Lage verliert. Die Frage ist, welche Fraktion sich durchsetzen wird, wenn das Regime stürzt, ob der *regime change* über die Köpfe der großen Mehrheit der Bevölkerung hinweg geschieht. In diesem Fall würde wohl der Iran in einen liberal-kapitalistischen Staat nach westlichem Vorbild umgewandelt und einige Reformen durchgeführt werden. Wenn es den „Reformern“ gelingt, die auch für sie und ihre Ziele gefährliche Situation in dieser Weise zu beruhigen, würde das aber auch das Fortbestehen sozialer Ungleichheiten, der Benachteiligung von Frauen ebenso wie der kurdischen, aserbaidzhanischen und anderer Minderheiten bedeuten. Unter diesen Umständen dürfte es eine lange Zeit dauern, bis die sozialen Bewegungen im Iran wieder an dem Punkt stehen, an dem sie heute sind. Aber noch ist die Sache nicht entschieden: Sollte es wirklich zu einem Generalstreik kommen (eine Möglichkeit, über die viele Arbeiter_innen diskutieren), könnten auch die Reformer an den Rand gedrängt werden.

Die emanzipatorischen Kräfte stehen im Iran dem Regime und den Reformern gegenüber, auch auf Hilfe von der westlichen Politik können sie nicht rechnen. Sie sind auf unsere Unterstützung angewiesen.

Waldorf & Statler

(1) <http://de.wikipedia.org/wiki/Iran>

(2) *Kein Geschäft mit den Mullahs*, taz vom 29.06.09

Reisebericht: **Turkey - Imagined Community III****Schwaben goes Turkiye**

Mal wieder ein wichtiges Dokument verloren. Mal wieder Opfer des bürokratischen Hürdenlaufs. Ich steige in ein Sammeltaxi in Richtung Haupt-Polizeiviertel. Ich frage wohin die Reise geht, denn Fahrpläne gibt es hier nicht und Sammeltaxis haben keine fixen Haltestellen. Auf dem Vordersitz des gelben Kastenausos sitzt ein Fahrgast, der mir erklärt, wo das Taxi hinfährt und wie ich zu besagtem Polizeiviertel komme. Irgendwas an der Art und Weise wie er spricht, erinnert mich an zu Hause. Als ich aussteige, steigt der Mann auch aus, sagt, er müsse in dieselbe Richtung. Nach wenigen Minuten Smalltalk stellt sich heraus, dass er aus Deutschland kommt, genauer gesagt: „Ha, i ben zwoa in Ischtanbul gebore, aber i komm uhrsprünglich aus der Nää von Stuttgart, Landkreis Esslingen.“ Ich weiß nicht, ob er, nachdem ich ihm sage, dass ich dort geboren bin, in den folgenden zehn Minuten soviel Vertrauen zu mir fasst, dass er mir von den einschlägigen Abschnitten seines Lebens erzählt oder ob er einfach nur reden will. „Ha, weisch, i ben jo Feinmechaniker und irgendwann hat mai Schäff zu mir gsagt: ‘Ha Hakan, du bisch ja scho talendiert, ge, du könntsch au logger als a Zaanmechanigger oabeite.’ En endrer Kumbel hat mia damals au gschtgeggt, dass ma hier in der Türkei in dem Gschäft guts Geld verdiene koa. Ha ja, und na bin i hoalt ganga.“ Nachdem er mir ein paar weniger interessante technische Details aus seiner Zahnmechanikerkarriere verraten hat, sagt er plötzlich: „Weisch, i war heroinabhängig, hab gschnupft, aber i ben imma boim Daimler oaboide ganga.“ Als sein Arbeitgeber von seinem Drogenkonsum erfuhr, bekam er eine Therapie in München verordnet. Während eines Freigangs kaufte er sich eine Flasche Rotwein, die er in einem Zug trank. Daraufhin fing er eine Schlägerei an, bei der er seinen türkischen Pass verlor, den daraufhin die Polizei fand. „Der Richta hat denn gsagt ‘Du warsch jetzt scho zu oft bei uns‘“. Daraufhin wurde Hakan bis auf weiteres des Landes verwiesen. Seitdem ist er clean. Er sagt, er will nicht mehr zurück. In seiner Freizeit beschäftigt er sich mit Freimaurern, recherchiert und schreibt in freimaurischen Internetforen. „I ben hier in na Unversidäd als Refrent ogschtellt. Ha, un du weisch scho, dass hier a Großdeil der Professora Freimaurer sen?“ Ehrlich gesagt ist mir dieses Detail, wie 1001 andere, bisher noch verborgen geblieben. Er berichtet gerade von den unterschiedlichen Logen in den unterschiedlichen Istanbul Stadtteilen, als wir das Polizeiviertel erreichen. Ich schaffe es gerade noch, ihm das Foucaultsche Pendel von Umberto Eco zu empfehlen, da wünscht er mir einen schönen Tag und zieht von dannen. Selbst wenn wir uns die ganze Zeit auf türkisch unterhalten hätten, hätte ich spätestens jetzt bemerkt, dass er k1r1k (dt: gebrochen; der hiesige Ausdruck für das im deutschen noch schlimmere Äquivalent „Mensch mit Migrationshintergrund“) ist. Denn er hat mir seine Telefonnummer nicht aufgedrängt, geschweige denn angeboten.

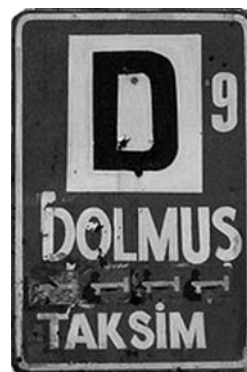
Soldaten und Hippies

n Leipzig habe ich Hippies hassen gelernt. Das hatte vor allem einen Grund: das *Rainbow Gathering*. Ständig und überall musste ich mir von Adepten der Harmonie und Gleichheit, die in seliger Erinnerung schwelgend Geschichten über das bessere Leben im großen, friedlichen Kollektiv erzählten, anhören, denen auch im kältesten Winter die Sonne aus dem Arsch schien während sie sich in einer Aura der Erleuchtung wähten, bis mir die Ohren anfangen zu bluten. Um meine Vorurteile bestätigt zu sehen und auch, um mir ein eigenes Bild zu machen, beschloss ich die Leipziger Weltenwanderin Malifu in Antalya zu treffen und mit ihr aufs Middle East Gathering nahe Fetiye zu fahren.

Die Reise beginnt am 27. Mai. Raus aus dem Betonmloch Istanbul, rein ins satte Grün. Vom hohen Norden in den tiefen Süden. Die Szenerie, die ich am Zentral-Busbahnhof vorfinde, erinnert mich spontan an den Wahnsinn eines losgelassenen Fußballstadions: hunderte grölender Halbstarker in türkische Flaggen gehüllt. Sie springen sich gegenseitig an wie Heuschrecken, reiten aufeinander, tanzen, drehen frei. „Was passiert hier?“, frage ich Ömer, den Verkäufer am Ticketschalter, mit dem ich gerade über den Preis meines Bustickets verhandle. „Soldatenverabschiedung“, sagt er. „Nur heute und morgen.“ Er grinst. Ich habe oft von dem Ritual gehört, bei dem die zukünftigen wehrpflichtigen Soldaten verabschiedet werden, aber bis heute nie die Dimension begriffen.

Vollständige Familienclans haben sich eingefunden. Weinende Mütter und Großmütter, die vor Kummer über das Schicksal ihres geliebten und vielleicht einzigen Sohnes jenseits des sicheren Nestes fast vergehen und sich mit bunten Polyesterbüchern den salzigen Schmerz von der Haut wischen; tanzende Brüder, Freunde, Nachbarn, die Rauchbomben zünden, die die aufgeheizte Stimmung und die Lungen der Anwesenden blutrot einräuchern; schreiende Kinder. Am distanziertesten verhalten sich die Väter. In ihrer Ausdruckslosigkeit starre Monolithen verkörpernd, stehen sie am Rande des Geschehens und beobachten. Wenn sie stolz oder traurig sind, lassen sie es sich zumindest nicht anmerken. Freunde werfen ihre zukünftigen Soldaten in die Höhe. Sie brüllen: „Bizim asker en büyük asker“ (dt: Unser Soldat ist der größte Soldat). Sogar die Busfahrer tanzen mit. „Es kann noch eine Weile dauern bis der Bus losfährt“, sagt Ömer und

schleppt mich in ein kleines Lokal, wo wir Reis mit Kichererbsen essen. Er erinnert sich an seinen Militärdienst in Diyarbakir, der Kurdenhauptstadt der



Türkei. „Zweimal haben sie mich ins Militärgefängnis verfrachtet“, berichte er, als erzähle er eine Geschichte, die er selbst gar nicht erlebt hat, „weil ich meinem Kommandanten nicht gehorcht habe“. Und dann fügt er mit einer Selbstverständlichkeit hinzu, die klingt als hätte man sie ihm eingepugelt: „Wer etwas Falsches tut, muss bestraft werden“. Wir laufen zurück. Die Nation feiert sich noch immer selbst. ‘Welch effektives Ritual’, denke ich, ‘Nationalismus-Reproduktion ohne Staatsintervention. Bravo!’.



Für die Söhne – die meisten noch keine 20 – ist es das erste Mal, dass sie ihr Zuhause verlassen. Für 15 Monate keine Mutter mehr, die für sie kocht, überhaupt keine Frau werden sie zu Gesicht bekommen. Stattdessen werden sie, wie mir aus vertraulichen Quellen versichert wurde, mehr denn je masturbieren und jeden Tag vier Kilo schwere MGs tragen, deren Kugeln denen, die sie treffen, handflächengroße Löcher in die Körper reißen. Für die, die in den Osten und die Kurdengebiete fahren, beginnt die Hölle auf Erden, die ihren Nationalismus in der Regel endgültig besiegelt. Sie sind überzeugt, dass der Militärdienst sie zu ehrwürdigen türkischen Bürgern macht, im Falle des Todes zu Märtyrern für ihr Mutterland. Wenn sie zurückkehren, haben sie das wichtigste Übergangsritual in ihrem Leben gemeistert: Sie sind erwachsene Männer und fähig eine Frau zu heiraten und eine Familie zu gründen.

Mit noch erhitzten Gesichtern vom Feiern steigen sie zögernd, nach mehrmaliger Aufforderung der Fahrer in den Bus. Die Angst vor dem Ungewissen steht ihnen ins Gesicht geschrieben, trotz der Erhabenheit des Momentes. Zwei Stunden nach planmäßiger Abfahrt fahren wir los. Zumindest tut der Busfahrer sein Bestes. Hunderte Hände schlagen gegen das Busblech, die Zurückgebliebenen tanzen vor dem Bus, der sich langsam im Schrittempo durch die Massen quetscht. Auf dem von Autos und Menschen verstopften Weg sammeln wir weitere Passagiere auf anderen Istanbuler Busbahnhöfen ein. Auch dort das gleiche Schauspiel: Massen von zukünftigen Soldaten mit ihren ergebene Fans – out of control.

Zwölf traumdurchweichte Stunden und dutzende traumhafte Dörfer später kommen wir in Antalya an. Es ist Mittag und genauso stickig heiß wie letztes Jahr Anfang August, als ich hier mein Leben in der Türkei begonnen habe. Ich treffe Malifu am Busbahnhof. Andy, ein Freund aus Leipzig ist dabei und weil wir zu dritt sind und das letzte Sammeltaxi zu unserem Zieldorf um sieben Uhr abends fährt, beschließen wir, einen regulären Bus zu



nehmen. Weitere drei Stunden später erreichen wir Fetiye. An der Sammeltaxi-Ecke warten bereits acht andere in- und ausländische Hippies inklusive Melek, einem kleinen Engel. Der kleine Engel ist vier Jahre jung und hat in ihrem kurzen Leben bereits mehr Rainbow-Erfahrung gesammelt als ich. Das Sammeltaxi ist schon voll mit Dorfbewohnern. Macht nix, Sammeltaxifahrer sind professionelle Stapler. Die Serpentina-Fahrt ins Dorf dauert noch mal eine Stunde, während der wir von den Dorfbewohnern Informationen über Ort und Lage sammeln können. Sie laden uns für den nächsten Tag zum Wochenbazar ein. Es dämmt bereits, als wir in einem kleinen bergigen Paradies ankommen und ein alter Mann auf Moped mit Sense in der Hand uns beschreibt, welcher Pfad zum Ziel führt und anbietet, den Kinderwagen von Melek bei sich unterzustellen. Bald stellt sich heraus warum. Der Weg zum Rainbow führt durch den Wald und ist steinig, bergig. Es ist dunkel. Mit Taschenlampen versuchen wir wie Hänselhippi und Gretelhäppi die weißen Bänder an den Büschen und Bäumen zu orten, die uns zum Camp weisen sollen. Wir sind elf und verlaufen uns mehrmals beim Wo-ist-das-weiße-Bändchen-Spiel. Ich hab mal wieder zu viel Gepäck dabei. Nach ca. eineinhalb Stunden sehen wir Feuer auf einer großen Lichtung. Ich höre, wie sich Meleks zarte Stimme hinter mir vor Freude überschlägt. Auf türkisch ruft sie in Richtung Feuer: „Freunde! Freunde! Wie geht es euch?“. Die Nachricht von den Ankömmlingen ist vorgedrungen. Willkommensrufe. Irgendein Hippie, den ich noch nie in meinem Leben gesehen hab – auch wenn er mich verdächtig an Nemo, den amerikanischen Russen erinnert, mit dem ich vor fünf Jahren von Südmexiko nach Kalifornien getrampt bin – umarmt mich, als würde er nach etlichen Jahren endlich seine Mutter wieder sehen. In dem Moment bin ich zu erschöpft und zu erleichtert, um mich zu wundern und umarme ihn, als würde ich nach all den Jahren Nemo wieder treffen. Wie sich später herausstellt, ist dieses Geschöpf nicht nur ein außerordentlich extrovertiertes Energiebündel, das seinesgleichen sucht, sondern auch ein Mensch mit einem außerordentlichen Liebesbedürfnis. Erstaunlicherweise schafft er es, dieses Bedürfnis zu stillen, sprich andere willige Liebesbedürftige zu finden. Es wäre, falsch Pete als sexkrank zu bezeichnen, denn was er fühlt und sucht, ist Liebe in ihrer süßesten Form. Durchschnittlich verliebt er sich am Tag in fünf seines Erachtens charismatische Mädchen, die ihm in der Regel sofort erliegen. Als er neulich während der *Pride Week* in Istanbul war und wir gemeinsam tanzen waren, wurde ich Zeuge, wie selbst schnieke Chicks in einer Salsa-Bar seinem barfüßigen

Charme erlagen.

Nach der wahrscheinlich längsten Umarmung meines Lebens falle ich auf den Boden. Irgendjemand kommt mit einer riesigen Schüssel, in der noch ein paar Salatreste schwimmen und streckt mir selbst gebackene Chapatis entgegen. Glückselig mampfend und gleichzeitig seltsam indifferent ob meiner neuen Umgebung fühle ich plötzlich Solidaritätsgefühle mit indischen Kühen in mir aufsteigen, als ich die rund 80 Hippies am Feuer beobachte, die gerade anfangen Mantras zu singen. Ein paar Leute beginnen, um die Darbukas und Djembes zu tanzen. Eine blonde Frau macht sich frei und lässt ihre Brüste hüpfen. „Girl, come on, get dressed!“ ruft jemand aus der Runde und erinnert, um was bereits in der Einladung zum Middle East Gathering gebeten wurde: „This is Turkey – an honour and shame society!“. „I don't give a fuckin' shit!“, kontert es zurück, „I came here to change this wrecked system!“. Ich muss lachen. Für wie revolutionär hält sich diese Dame? Denkt die mondäne, englisch und französisch sprechende Hippie-Braut im Ernst sie könne in diesem Land durch ihren verbrämten Reaktionismus und ihr edel wildes Gehabe irgendetwas verändern? „On every gathering we've been naked since we live in harmony with nature. We create our own world in our own universe“, mischt sich ein anderer Hippie in die Diskussion. „What's up folks, we have good relations with the villagers. They come here and visit us, also their children, if they get to know about this we can't come back here.“ Das Politikum scheint den gerade noch friedlich summenden Essenszirkel zu spalten. Die peacige Lagerfeuerstimmung ist am Arsch. Ich fühle, wie sich mein Verdauungstrakt zu Wort meldet und frage nach dem Ort der Erleichterung. „Down there are the shit-pits. Not too easy to find in the dark. Just find yourself a place“, informiert mich mein Nebensitzer. Soviel zum Thema in Harmonie mit der Natur leben und sich seine eigene Welt kreieren, denke ich und verschwinde in die Sterne funkelnde Dunkelheit.

Mit den Ereignissen der nächsten Tages verpuffen viele meiner angestauten Hippie-Vorurteile, einige andere verhärten sich. Die Rainbow-Family stellt sich als überraschend zugängliche, offene und kritikfähige Gemeinschaft



heraus. Ich lerne Ömer kennen, der sich im Wald wie ein einheimisches Tier bewegt aber eigentlich sein Leben als Obdachloser in Istanbul fristet; Shuhur, einen Iraner, der acht Jahre in Indien gelebt hat und weder Yogi noch Bhaba geworden ist; Gündem, der mit seiner türkischen Familie gebrochen hat und eine Leidenschaft für Straßentheater hat; Cihan, einen Leipziger Türken mit einem Herz so groß wie eine Galaxie und einem Hang für Ethnobotanik; July, die kleine, zärtlich-resolute Mutter von Melek, die, wie sich im Nachhinein herausstellt, schon mit meinem neuen Mitbewohner zusammengewohnt hat; Nacho, der begnadete Flamenco-Gitarrist, der Tourismus studiert hat, aber eigentlich Ethnologe werden will; die verrückte Mer, die mir zeigt, wie man einen kurdischen Turban bindet, die von einem Skorpion gebissen wurde und mich zwei Wochen später auf eine magische griechische Insel entführt. Das erste Mal in meinem Leben werde ich als Deutsch-Türkin wahrgenommen, lerne mich mit Asche anstatt mit Seife zu waschen, dass man als Küchenhelferin jederzeit anwesende Musiker zur allgemeinen Unterhaltung bestellen kann, wie gemütlich es ist, eingewickelt in einen Schafsfellteppich neben Malifu zu schlummern und dass es in Indien ein Festival mit 20 Millionen aktiven Teilnehmern gibt. Der Tag besteht aus reden, kochen, essen, Musik und Erkundung von Flora, Fauna und Fantasien. Wir diskutieren unter Myriaden von Sternen über Aliens und unter sengender Hitze über Astrologie, Hygienemaßnahmen, die Notwendigkeit von Hierarchien und aufgeblähten Egos; wir sehen in nüchternem Zustand eine Regenbogencorona um die Sonne, treffen rasende Schildkröten, baden in kaltem klarem Flusswasser und üben uns meistens weniger erfolgreich in Basisdemokratie. Innerhalb von drei Tagen fühle ich mich bei dem Haufen habloser Hippies zu Hause, auch wenn ich die einzige mit schwarzen Klamotten bin, Petes wiederholten Einladungen in sein Zelt trotziger Widerstehens und beim zweimal täglichen Om-Gesumme und Händchen halten vor Beginn des Essenszirkels jedes Mal losprusten muss. Nach drei Tagen muss ich zurück in die große Stadt: mein geliebter Belator-Mitbewohner kommt mit Dresä aus Budapest und der Meggiepeggie-Wonneproppen mit Fritz vom Balkan gestoppt. Die Leipzig-Connection ruft und ich freu mich wie ein Honigkuchenpferd auf die Jungs und Mädels. Trotzdem, der Abschied vom Camp ist schwer, der Gedanke an Istanbul in dieser Umgebung irgendwie absurd. Gündem begleitet mich ins Dorf. Im Wald hören wir die Rufe und das Trommeln vom Camp und auf einmal erscheint der Platz, an dem ich die letzten Tage verbracht habe, wie eine Insel des Glücks, den Ort den es eigentlich gar nicht gibt. In Fetiye springe ich in den letzten Bus, als der schon losgefahren ist. Das Zwischenwelten-Mobil gleitet aus dem Regenbogen-Land in Richtung glühend heiße Beton-Megapolis. Wie viele L(i)eben hat ein Leben?

Klara Fall

Dem Schwabenhass entgegentreten!

Als gute(r) Linke(r) ist mensch immer auf der Suche nach Ungerechtigkeiten, die es anzuprangern gilt, nach diskriminierten und geknechteten Minderheiten, die man bemitleiden kann. Da gibt's jetzt Grund zur Freude, denn unlängst wurde eine neue Diskriminierungsform entdeckt: der Antisuevismus! Leider ist dieses von der Boulevardpresse auch populistisch „Antischwabismus“ genannte Phänomen bisher nur auf Berlin beschränkt.

Da grassiert die antisuevistische Seuche aber geradezu. „Eine neue Welle des Schwabenhasses“ sah ein Autor der *Berliner Zeitung* über die Stadt hereinbrechen. So seien zu Pfingsten 2008 im Stadtteil Prenzlauer Berg Plakate mit folgender Aufschrift aufgetaucht: „Schwaben in PRENZLAUER BERG. Spießig, überwachungswütig in der Nachbarschaft und kein Sinn für Berliner Kultur. Was wollt ihr eigentlich hier?“ Heftig, heftig. Auch der *Spiegel* und die *Frankfurter Rundschau* sprangen umgehend auf den Zug auf und berichteten über das neue Phänomen. Statt „Was wollt ihr eigentlich hier?“ könnte man aber genauso gut fragen „Was habt ihr eigentlich gegen die Schwaben?“ Sicher, das schöne Schwabenländle hat auch so unschöne Erscheinungen wie Jürgen Klinsmann und den deutschen Idealismus (in Form der Herren Schelling und Hegel) hervorgebracht... Aber andere Leute haben auch unschöne Sachen erfunden – die Berliner zum Beispiel die Berliner Luft! Der Schwabe an sich ist also auch nur ein Mensch wie du und ich (vom Dialekt jetzt mal abgesehen).

Bei genauerem Nachforschen wird klar: Die Prenzelberger und sonstigen Ureinwohner Berliner Kieze haben Angst vor der Überfremdung durch „Yuppies“ und zugezogene „Porno-Hippie-Schwaben“ (O-Ton *Berliner Zeitung*). Dabei galt vor ein paar Jahren noch die Devise, dass man einen echten Berliner daran erkennt, dass er nicht in Berlin geboren ist (für echte Berlinerinnen gilt natürlich dasselbe). Und bei „Porno-Hippies“ denkt man eher an die Leute von *Fuck For Forest* (siehe FA!# 33) und nicht an Schwaben.

Noch komplizierter wird die Affäre, weil

scheinbar gerade die ortsansässigen Linken den Schwabenhass propagieren.

Der Autor der *Berliner Zeitung* schreibt sogar: „In der 'autonomen' Linken wird der Antikapitalismus inzwischen als Antischwabismus buchstabiert“. Mit dieser Umdeutung der sozialen Frage wür-

den sich die Autonomen als Gedankengeschwister des Neofaschismus zeigen. Das ist nun doch etwas hart gesagt. Okay, *eine* Gemeinsamkeit gibt es: Auch die Nazis kämpfen eifrig gegen DAS BÖSE in der Welt. Während für Nazis die Sache aber klar ist (im Zweifelsfall sind immer die Juden schuld), herrscht bei den Autonomen mitunter Verwirrung darüber, was genau denn nun DAS BÖSE ist. Es ist wohl etwa so gelaufen: Ein verrauchtes Hinterzimmer. Ein paar Typen sitzen um einen Tisch herum, trotz der miesen Lichtverhältnisse haben alle noch ihre Sonnenbrillen auf. Ein Flugblatt muss verfasst werden. Aber gegen was? „Die Bullen?“, schlägt einer vor. Allgemeines Kopfschütteln. Es muss auch mal was Neues her. Und dann ruft einer: „Ich hab's! Die Schwaben!“ Das finden alle gut. Und so schreibt man flugs: „Der Schwabe ist schuld an der Gentrifizierung!“

Zur Erklärung für alle, die das Wort nur aus Bekennerschreiben der *militanten Gruppe* kennen: Gentrifizierung bezeichnet die Aufwertung von Stadtvierteln. „Aufwertung“ klingt vielleicht erstmal ganz drollig, gemeint ist damit aber bloß der *Marktwert*. D.h. die Mieten steigen, etwa weil Wohnungen saniert und nicht mehr per Kohleofen, sondern mit Fernwärme beheizt werden. Oder die Mietwerden gleich zu Eigentumswohnungen gemacht. Wenn der Yuppie-Schwabe sich die leisten kann, hat er natürlich gut lachen: Er kann sich in's gemachte, fernwärmebeheizte Nest setzen. Für die Eingeborenen ist das aber blöd: Sie müssen in andere Viertel umziehen, wo noch mit Kohle geheizt wird und überall



Hundescheiße und

Obdachlose auf der Straße liegen.

Aber liebe Leute: Dafür kann doch der Schwabe nix! Sogar die fiesen Immobilienhaie können da nix für! Auch Immobilienhaie wollen nicht, dass Menschen weinen. Nein: Den Immobilienhaien geht es nur um's Geld! Auch ein Immobilienhai muss schließlich Gewinn machen, um sich von der so erwirtschafteten Kohle Kokain, Sportwagen und neue Sonnenbrillen kaufen zu können. Das kostet ja alles heutzutage... Ergo: Weder der Yuppie-Schwabe noch der Immobilienhai macht den Markt, sondern der Markt macht den Immobilienhai und den Yuppie-Schwaben. Es kann also Entwarnung gegeben werden: Alles halb so wild mit den Schwaben! Statt „Schwaben raus!“ können aufrechte Linke wieder „Kapitalismus abschaffen!“ unter ihre Flugblatttexte schreiben.

Außerdem sollten sie sich einen Ruck geben und dem Antisuevismus auch in den eigenen Reihen entschlossen entgegentreten. Auch wir in Leipzig sollten da nicht abseits stehen: Denn zumindest in seiner strukturelle Form ist der Antisuevismus auch hier zu beobachten. Dass bei dem vor einiger Zeit am Wiedebachplatz im Leipziger Stadtteil Connewitz erbauten Supermarkt wiederholt die Scheiben eingeschmissen und gegen die Kiez-Eindringlinge gerichtete Parolen an die Wände gesprüht wurden, sollte zu denken geben. Den darin kundtuenden Ressentiments muss entschieden entgegengewirkt werden. Die Devise kann nur lauten: Handeln, bevor der antisuevistische Mob die Oberhand gewinnt!

justus

Kaum zu glauben: CEE IEH fälscht Umfrage!

Wir haben uns schon viel gefallen lassen, aber was genug ist, ist genug: In der Nacht zum Ostersonntag drang ein Sonderkommando unserer Schachredaktion (ausgerüstet mit einem Kasten Sterni-Bier, Bolzenschneidern und Nachtsichtgeräten) tief in Connewitzer Feindesland ein. Dieses tollkühn-todesverachtende Vorgehen hatte den verdienten Erfolg: Uns fiel dabei eine von der CEE-IEH-Redaktion in Auftrag gegebene Umfrage in die Hände. Ein von uns vorgeschlagener Austausch des hochsensiblen Materials gegen die von den fiesen Szene-Apparatschiks entworfene Lösung unseres Schachproblems aus Ausgabe #31 scheiterte an der Feigheit der CEE-IEHler_innen: Offenbar bekamen diese angesichts des von uns geforderten Schachduells Muffensausen.

War sich die CEE-IEH-Redaktion im Editorial ihrer #165 noch im Unklaren darüber, „ob Freund oder Feind“ für den Diebstahl ihrer Umfrageergebnisse verantwortlich seien, so hat sich diese Frage mittlerweile selbst beantwortet. Uns bleibt keine andere Wahl, als unsere Drohung in die Tat umzusetzen und die Dokumente dem grellen Licht der Öffentlichkeit zu überantworten. Diese Enthüllung birgt ungeahnte Sprengkraft, denn unverkennbar wurden die Umfrageergebnisse in geradezu dummdreister Weise manipuliert! Lassen wir also – nach einer kurzen Gedenkminute für die Lösung unseres Schachproblems – die Fakten für sich sprechen. Ihr habt es so gewollt, Genoss_innen!

Geheime Befragung der LeserInnen des CEE IEH durch die Redaktion

Da wir im Allgemeinen sehr wenig Feedback von unseren LeserInnen und Lesern erhalten, möchten wir diese spekulative Lücke mit dieser besonderen Umfrage füllen und der Frage auf den Grund gehen: Wie beliebt ist eigentlich unsere redaktionelle Arbeit und das CEE IEH? Bitte beantwortet die Fragen wahrheitsgemäß, wir versprechen auch, unsachliche Antworten nicht öffentlich zu kritisieren. Alle Datensätze werden selbstverständlich anonymisiert.

1) Im digitalen Zeitalter verlieren die Printmedien zunehmend an Bedeutung. Braucht Leipzig also überhaupt noch ein linksradikales Theorieorgan wie das CEE IEH on paper?	<input type="checkbox"/> ja				
	<input type="checkbox"/> nein				
2) Das CEE IEH wird kostenlos verteilt und durch andere Mittel finanziert. Würdest Du das CEE IEH auch dann lesen und kaufen, wenn es bspw. einen Euro kosten würde?	<input type="checkbox"/> ja				
	<input type="checkbox"/> nein				
3) Das Heft ist zweigeteilt. Vorn stehen die monatlichen Veranstaltungshinweise des Conne Island und hinten die theoretischen und politischen Inhalte. Was liest Du vorrangig?					
<input type="checkbox"/> nur Veranstaltungstipps	<input type="checkbox"/> nur Theorie/Politik	<input type="checkbox"/> querbeet	<input type="checkbox"/> alles	<input type="checkbox"/> garnicht (schaue nur Bildchen/Überschriften)	
4) Wie gefällt Dir das Layout des Heftes?	<input type="checkbox"/> einzigartig & unverkennbar gut	<input type="checkbox"/> so lala/verbesserungsbedürftig	<input type="checkbox"/> richtig übel/ Layout kann man das nicht nennen		
5) Komplizierte gesellschaftliche Verhältnisse lassen sich nicht immer einfach darstellen. Bist Du der Meinung, dass man als LeserIn ein abgeschlossenes Hochschulstudium benötigt, um viele der Inhalte überhaupt verstehen zu können?	<input type="checkbox"/> ja				
	<input type="checkbox"/> nein				
6) Bist Du der Meinung, dass mehr unterhaltungsorientierte Inhalte, wie Glossen, Rätsel oder Schachprobleme das Heft stärker auflockern und damit die eher trockenen und theoretischen Inhalte besser an die Leserschaft herantragen würden?	<input type="checkbox"/> ja				
	<input type="checkbox"/> nein				
7) Wie würdest Du den übergreifend ideologiekritischen Ansatz des CEE IEH prinzipiell bewerten?					
<input type="checkbox"/> ein bisschen mehr Konstruktivität und Solidarität wäre wünschenswert, anstatt alles in Grund&Boden zu kritisieren	<input type="checkbox"/> Ihr sprecht mir (fast immer) aus der Seele, voll meine Schiene	<input type="checkbox"/> Ihr seid viel zu zahm, diese linken Spinner muss man mehr dissen			
8) Wir bieten durch unsere umfangreichen Fussnoten-Apparate den LeserInnen stets viele Quellenverweise und weitere Kontexte zum Thema. Hältst Du das eher für überflüssig oder eher für notwendig?	<input type="checkbox"/> völlig überflüssig, das liest eh keine/r, Ihr wollt doch nur mit Lektüre protzen	<input type="checkbox"/> absolut notwendig, ich schlage jedes Zitat nach, man kann ja nie wissen, ob Ihr mogelt			
9) Was sollte die Redaktion des CEE IEH in Zukunft unbedingt besser machen? (bitte kurze Stichpunkte)	a)	b)	c)		
10) Abschließend hast Du die Wahl: Wie würdest Du die allgemeine Beliebtheit des CEE IEH auf einer 10er-Skala einschätzen?	<input type="checkbox"/> 1 absolut unterirdisch	<input type="checkbox"/> 2 einigermaßen verhasst	<input type="checkbox"/> 3 City-Tunnel-Niveau	<input type="checkbox"/> 4 nicht beliebt	<input type="checkbox"/> 5 theoretisch dialektisch, praktisch ambivalent
	<input type="checkbox"/> 6 bisschen beliebt	<input type="checkbox"/> 7 heiß geliebt	<input type="checkbox"/> 8 Feierabend-Niveau	<input type="checkbox"/> 9 beliebter als Bier&Mucke	<input type="checkbox"/> 10 absolut überirdisch
(Danke für Deine Mühe und Aufmerksamkeit. Wir versichern, dass wir alle Angaben nach bestem Gewissen auswerten werden und in unsere zukünftige, redaktionelle Arbeit einfließen lassen.)					

Jaja, wenn's um die Statistik geht, will mensch die Masse wieder dabei haben. Adornoseidank ist das hier aber kein deutscher, sondern nur ein imaginärer Mob. Da ham wir ja nochmal Glück gehabt ...

Klar! Wer kennt das nicht?! Nervende CEE-IEH-Redakteure, die einem an jeder Szenecke 'nen Fragebogen aufquatschen wollen.

Diese plumpe Manipulation zeigt wiederum die Praxisferne der CEE-IEH-Theoretiker_innen.

Richtig fälschen lernt mensch eben NICHT im Lesekreis. Das Interesse ist klar:

Der Feierabend! wäre sonst ja konkurrenzlos im Bereich print on paper.

Der/die aufmerksame Leser/in bemerke die wahre Rücklaufquote von 59!!! Sammelmails sind eben kein Agitationsersatz.

Tjo, da scheint wohl niemand auf die Suggestivfrage hereingefallen zu sein! Träumt die Redaktion etwa zuviel von Ökonomie und Verwertung? EGAL ist der Preis auf jeden Fall nicht.

Logo! Die Szene saugt ja auch jeden Theorietext auf wie Nektar. Würden mehr Veranstaltungen im Conne Island laufen, könnte der Newsflyer sogar zweiwöchentlich erscheinen, bei der Nachfrage nach freudianisch-marxistisch-adornesken Tiefenanalysen.

Ohne Worte. Keinen Blocksatz zu benutzen, das ist nicht nur Punk, das ist Pop!

Fragebögen (Rücklauf/verteilt):	gesamt: (872./1000)	online: (556./700)	paper: (283./300)							
1) Braucht Leipzig das CEE IEH on paper?	840 ja	520 ja	59 nein							
2) Würdest Du das CEE IEH auch kaufen?	496 ja	383 ja	383 nein							
3) Was liest Du vorrangig?	68 Veranstaltungen 0 alles	693 nur Theorie/Politik 6 garnicht	109 querbee 176 wichtig übel							
4) Layout des Heftes?	140 einzigartig	511 so lala	176 wichtig übel							
5) Hochschulstudium fürs Lesen benötigt?	67 ja	812/77 nein								
6) Inhalte stärker auflockern?	268 ja	519 nein								
7) Ideologiekritischer Ansatz?	128 mehr Konstruktivität und Solidarität	286 voll meine Schiene	446 Ihr seid viel zu zahm							
8) Sind Fussnoten-Apparate notwendig?	211	völlig überflüssig	648 absolut notwendig							
9) Was sollte die Redaktion des CEE IEH in Zukunft unbedingt besser machen?	<div style="background-color: black; color: white; padding: 5px; display: inline-block;"> bunter und A4 mehr Auflage </div>									
10) Wie würdest Du die allgemeine Beliebtheit des CEE IEH auf einer 10er-Skala einschätzen?	21	22	103	194	345	126	2107	58	387	198

SO geht mensch also mit Kritik in Wahrheit um! Ausschlafen für die Revolution heisst das dann wieder. Und konstruktive Kritik geht ja schon mal gar nicht.

Hedonismus schön und gut. Aber bei der kapitalistischen Scheisse, in der wir alle drinne stecken, bleibt nunmal keine Zeit zum Lachen und Entspannen oder gar Schachspielen!

Also Leute ... ein bißchen Selbstfeiern geschenkt. Aber wenigstens eine Stimme hättet ihr der Fairness halber dazufälschen können.

Da wurde doch fix die Anzahl der Leute, die mensch künftig noch mehr dissen will, in den dreistelligen Bereich hochmanipuliert! Und hinten rum stellt mensch sich dann 'nen Persilschein dafür aus, dass das auch im Interesse der Leserschaft wäre.

Die durchgestrichene Null symbolisiert das uneingelöste Glücksversprechen der bürgerlichen Gesellschaft.

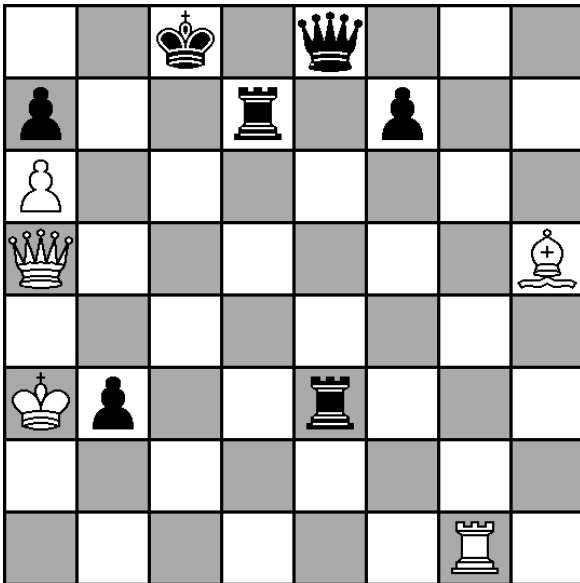
Was bleibt? Die bittere Erkenntnis, dass man auch in den eisigen Höhen Connewitzer Abstraktionen nicht davor gefeit ist, eigene Interessen ins Spiel zu bringen. Zieht man die Suggestivfrage 2) mit den ungeschwärzten Stellen von 9) zusammen und bedenkt den roten Faden der gesamten Umfrage, drängt sich der Verdacht der Marktanalyse geradezu auf. Offensichtlich wird hier im großen Stil an der Kommerzialisierung des Projektes gearbeitet! Und das Interesse ist klar: Das CEE IEH will in Zukunft dem Feierabend! - der ja immerhin Marktführer im Leipziger linken print-on-paper-Bereich ist - mehr Konkurrenz machen. Da sagen wir: Macht doch, das belebt das Geschäft. Venceremos!

Da wollte wohl jemand endlich knackige Schachprobleme nach dem Vorbild des Feierabend! haben. Klar, dass diese Noobs das retuschieren.

Militanter Flügel der AG Pressearbeit des Arbeitskreises Politische Vermittlung Süd

im Namen der Schachredaktion des Feierabend! im Auftrag der Feierabend!-Redaktion (V.i.S.d.P. Helga Haluschke)

Im Zugzwang



Matt in sechs Zügen:

Kaum zu glauben. Schwarz kann sich trotz scheinbar guter Stellung und Figurenvorteil nicht gegen den Druck von Weiß behaupten. Alles Verzögern hilft am Ende nicht, in sechs Zügen ist das Matt unausweichlich.

Lösung #33:

Der Kniff des letzten Dreizügers lag im Turm f1, der im Falle von Kd4 und darauffolgendem Schach der Dame auf d3 dem f-Bauern im Matt unterstützt. Zieht der schwarze König jedoch nach b4 oder schlägt b5, folgt ein Schach des Turms auf b1 und das Matt der Dame entweder auf a8 oder d3. Die dritte Variante ist der schwarze Bauer nach e5, aber auch dabei folgt Tb1. Hier hat Schwarz noch die Wahl zwischen Kd4 und e6 (auf welche jeweils Matt der Dame auf d3 folgt) oder e4, welche Schwarz einfach beräumt und mattet.

LIBELLE
ein Stadteilladen,
der **DICH** braucht!

Sucht nach engagierten
Gruppen und Einzelpersonen,
die Raum zur politischen
Aktivität benötigen und Lust
haben, sich auf die
Abenteuer der
Selbstorganisierung
einzulassen.

Libertäres Zentrum

Helft das
chronische
Finanzloch
(490 Euro
Miete)
abdichten!
Von der kleinsten
Einzelspende
bis zur Dauer-
spende,
jeder Euro
zählt!

Spenden an: Alternativ Leben e.V.
Kontonummer: 570 76 307
Bankleitzahl: 250 100 30
Postbank Hannover
Verwendung: Laden LE /Spende
Spendenquittung kein Problem!

www.libelle-leipzig.de
Kolonnadenstr. 19 (Westplatz)



Exzess

Die da Oben, so sagt Paula,
ficken und ficken und ficken.

Sie schreiben ein Buch.
Das Buch ist Ficken,
Traum des Arbeiters,
Stoff der Salons,
die, so sagt Paula, Chiffre
nicht allein des 19. Jahrhundert sind.

Langeweile, so vermutet Paula.
Ein Unterschied sei es,
die Zukunft von Angestellten,
oder aber Ideen zu verwalten.

Verwalten, so sagt Paula, ist nicht
das richtige Wort.
Langeweile ist ebenso wenig verwaltet
wie du verwaltet bist.

(vlama)

SCHATZINSEL

Schleußig

Besser Leben, Hohlbeinstr. 2
Schlechtes Versteck, Könnerritzstr. 32
Lebensart Naturkost, Könnerritzstr. 49
Rückenwind, Schnorrstr. 23

Südvorstadt

Späti Esperantos Katzer
Schenkendorf Str. 20
Bistro Shahia,
Karl-Liebkecht-Str. 98
Mandragora,
Kurt-Eisner-Str. 84
Onkel Toms Hütte,
Arthur-Hoffmann-Str. 120

Halle/saale

la kā rot, Ludwig-Wucherer-Str. 29
Infoladen im VL, Ludwigstr. 37

Zentrum

Bistro Al Safa, Leplaystr. 3
Libertäres Zentrum Libelle, Kolonnadenstr. 19

Lindenau

Café Westen, Demmeringstr. 32

Reudnitz

Presseshop Dipetos Store,
Riebeckstr. 6
Atari,
Kippenbergstr. 20

Stötteritz

Hakan Bistro,
Herrmannstr. 24

Connewitz

Café Similde, Simildenstr. 9
Buchhandel El Libro, Bornaische Str. 3d
Frau Krause, Simildenstr. 8
Lazy Dog, Wolfgang-Heinze-Str. 20
Infoladen CI, Koberger Str. 3

Plagwitz

Schatzinsel,
Forststr. 7
Infobude/Projekt G16,
Gieszerstr. 16
Noch Besser Leben,
Merseburger Str. 25
Dr. Seltsam,
Merseburger Str. 25
Vleischerei,
Zschochersche Str. 23
Elipamanoke,
Zschochersche Str. 59

Archive

DaDa Köln, c/o TTE-Bücherei, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, 50670 Köln, koeln@dadaweb.de, www.free.de/dada/; **Alhambra-Archiv**, Hermannstr. 83, 26135 Oldenburg, archiv@alhambra.de; **Bibliothek der Freien**, Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 2. Hof, 10405 Berlin, zeitschriftenarchiv@bibliothekderfreien.de; **Anarchiv**, Wolfsburgstr. 25-29, 67433 Neustadt a.d. Wstr.; Infoladen CI, Koberger Str. 3, 04227 Leipzig

Feierabend!

Kontakt:
Feierabend!
Gießerstr. 16
04229 Leipzig
feierabendle@web.de
Interim: myspace.com/feierabendle

Einsendeschluß für #35: 04. 10. 2009

Feierabend! gibt's auch im ABO-nnemenent.

(3 Ausgaben für 5 Euro + auch ältere Ausgaben sind teilweise noch erhältlich)

Feierabend!

3 Ausgaben kosten 5 Euro (inkl. Versand)

Unsere Postadresse ist:
Feierabend! + Gießerstraße 16 + 04229 Leipzig

Online erreichst Du uns unter:
feierabendle@web.de + Homepage derzeit offline

↓ Bereits bezahlte Ausgabe einfach hier markieren: ↓

#34

#35

#36

#37

#38

#39

#40

#41

#42

Dein Merkzettel (aufheben) ↓

↑ Unser Merkzettel (schicken)

ABO-Ticket

Ich möchte ein ABO

neu anmelden

Ich möchte mein ABO verlängern

Meine Postadresse ist:

Das Geld für folgende Ausgaben liegt bei:

#34

#35

#36

#37

#38

#39 #40 #41 #42

(3 Ausgaben = 5 Euro)

Feierabend!